

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Aus dem Inhalt

Saar-Spaniol gestürzt

Seite 3

Prof. Dessauers Martyrium

Seite 7

Österreichs Monarchismus

Seite 2

Insectenteil beachten!

Nummer 49 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Mittwoch, den 28. Februar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Deutschlands Kriegsprofessor

Aufregung in England über das Buch deutscher Eroberungswahns

London, 26. Februar.

Die englische Presse hat eine neue Sensation, die leider wieder einmal auf Kosten Deutschlands lebt. Das berühmte Buch „Behrweissenschaft“ des Braunschweiger Professors Ewald Banke ist lobend in englischer Uebersetzung erschienen, und schon wimmelt die englische Presse von Kommentaren, Zitaten, strategischen Karten, die sie dem Buch entnimmt und zum Entsetzen des britischen Zeitungslesers in großer Aufmachung ausbreitet. Das Buch ist gleichzeitig auch in französischer Sprache erschienen. In Frankreich ist die Aufnahme indessen kühl, weil man hier schon ähnliches gewöhnt ist.

Für den Engländer dagegen hat es etwas Befürzertes, aus der Feder Bankes zu erfahren, daß es für ein aufgerichtetes Deutschland leicht wäre, mit zwei Armeen an der englischen Südküste in Kent und Suffol zu landen und gleichzeitig von der Basis Irland aus Liverpool und Manchester im englischen Norden und Westen zu besetzen.

Banke verleiht diese Pläne mit folgender Randbemerkung: Er gestehe, es sei für uns Deutsche eine große Freude, über die Zerstörung nachzudenken, der dieses stolze und unerschütterlich unbesiegbare Volk früher oder später anheim fallen müßte, das zum letztenmal im Jahre 1918 besetzt worden ist. Es werde noch einmal einen fremden Eroberer kennenlernen; auf alle Fälle werde es sein Kolonialreich abtreten müssen.

Von Italien schreibt Banke, daß es im Kriege zwar nirgends gestiegen habe, trotzdem aber von den Alliierten den vollen Preis für seinen Verrat bekommen habe, nämlich ganz Südtirol mit seiner deutschen Kultur.

Wiel beachtet wird auch, daß Banke eine Aufstellung der Schweiz verlangt. Die deutsche Grenze müsse von der Mündung der Somme bis zum Schweizer Jura reichen, also ganz Nordostfrankreich mit Satni Quentin, Verdun, Toul, Nancy, Epinal und Belfort umfassen. In diesem neuen Reich nehme selbstverständlich auch Belgien, dieses „elende Staatswesen“, das entgegen allen nationalen Grundbedingungen am Rande des deutschen Gebietes geschaffen worden sei. Ebenso wie Belgien soll zu dem künftigen „dritten Reich“ der deutsche Teil der Schweiz gehören. Das gleiche gilt für die deutschsprechenden Teile Italiens, Polens, der Tschechoslowakei, Dänemarks und Estlands.

Der Verleger der englischen Ausgabe, Josat Dixon, hat Bankes Buch gegen den Willen des Autors veröffentlicht. Es liegt also ein ähnlicher Fall vor, wie bei der französischen Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“. Herr Dixon begründet sein Verhalten damit, daß es eine politische Notwendigkeit für das englische Volk sei, dies Buch kennenzulernen, da es

„Kriegsvorbereitungen enthülle, die noch unendlich schrecklicher seien, als die von 1914“.

Heimlicher Kampf um Hitlers „Mein Kampf“

London, 27. Februar.

Die deutsche Botschaft in London hat gegen die Veröffentlichung einer englischen Uebersetzung des Buches von Banke Widerspruch erhoben. Sie behauptet gleichzeitig, daß Bankes Anschauungen nichts mit den Auffassungen des offiziellen Deutschland zu tun hätten. Dem wird hier entgegengehalten, daß Banke nach wie vor Professor an der technischen Hochschule zu Braunschweig sei. Außerdem weist man darauf hin, daß eine Abschüttelung Bankes wenig Bedeutung habe, solange noch des Reichsfinanziers Kriegsbekräftigendes Buch „Mein Kampf“ nicht zurückgezogen sei.

Unser Wissen ist bereits vor einiger Zeit von offiziellen deutschen Auslandsvertretungen in Berlin darauf hingewiesen worden, daß es für die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern von entscheidender Bedeutung wäre, wenn das Werk „Mein Kampf“ vom Verfasser offiziell zurückgezogen würde. Es wurde jedoch nichts erreicht, außer einer gelegentlichen zweideutigen Erklärung des Reichspropagandaministers Goebbels, daß Hitler in seinen Ansichten sich heute über sein ehemaliges Werk hinaus weiter entwickelt habe. Da diese gänzlich unzureichende Abschüttelung nicht einmal von Hitler selbst vorgenommen wurde, hätte sie naturgemäß keine Wirkung und wurde rasch wieder vergessen. In Deutschland erscheint nicht nur „Mein Kampf“ noch wie vor in Millionenauflagen. Es ist auch eine alte Ausgabe seiner Reden aus den Jahren 1922/23 neu aufgelegt worden, in denen England als Raubstaat, „der Indien ausgeplündert“ habe, beschimpft wird.

Zuspitzung

London, 27. Febr. In unterrichteten Kreisen wird zugegeben, daß sich Porzellanbrenner Eden in Rom mit Mussolini nicht nur über die Abrüstungsfrage, sondern auch über die österreichischen Sorgen besprochen hat, die der englischen Regierung sehr ernst zu sein scheinen. Man hält die innerpolitische Lage Österreichs nach wie vor für sehr gefährlich und zu Explosionen und Abenteuerern geneigt. In den letzten Tagen sei statt einer Entspannung eine weitere Zuspitzung erfolgt.

Ignotus:

Europäische Gedanken

Kriegspsychologie in Europa — Frontenbildung in Mitteleuropa — Deutschland und Italien — Italienisches Dilemma — Bedrohliche Unsicherheit

Es ist erschreckend, wie sich das politische Denken in Europa im Laufe eines Jahres gewandelt hat. Wir denken heute eigentlich schon mehr in strategischen als in politischen Begriffen. Wir denken an die Fronten, wenn von den Grenzen die Rede ist. Ein politisches Manöver wird eben als ein Manöver, als eine Verlagerung der noch unsichtbaren Heereskräfte empfunden. Es wird zwar immer noch über die Abrüstung verhandelt, man meint aber nicht mehr die Befestigung der Kriegsmassen, sondern lediglich eine gewisse Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Sprechen wir das, was ist, aus: Die Welt lebt in Erwartung des Krieges. Und diese Erwartung ist schon an sich eine ungeheure Gefahr. Der Krieg wird unvermeidlich, wenn er als unvermeidlich empfunden wird, und wenn sich die Politik zu einer Form der Kriegsvorbereitung gestaltet. Das ist aber heute schon in einem sehr starken Maße der Fall.

Auch wenn man der Meinung ist, daß alle Sicherheitsvorrichtungen, die seit 1919 zum Zwecke der Verhinderung der Kriege geschaffen wurden, völlig unzureichend waren, so sehen wir heute doch, daß schon die Vorstellung von dem Bestehen solcher Vorrichtungen große psychologische Bedeutung hatte. Freilich dienten diese Vorrichtungen zugleich der Erhaltung der bestimmten europäischen Ordnung, die durch die Friedensverträge festgelegt war und mit der mehrere Staaten unzufrieden waren. Es besteht aber keine Möglichkeit, die Ordnung überhaupt, d. h. in unserem Falle den Frieden, zu erhalten, ohne eine bestimmte Ordnung zu schützen. Wer den Frieden will, muß sich mit der Tatsache abfinden, daß die Möglichkeiten, eine bestehende zwischenstaatliche Ordnung ohne Krieg zu revidieren, sehr beschränkt sind. Es ist sehr billig, in allgemein gehaltenen Redewendungen von der Notwendigkeit der Revision der Friedensverträge zu sprechen. Die größten Schwierigkeiten und Gefahren liegen aber in jeder Konkretisierung der Revisionsprobleme. „Die Revision ist Krieg“, sagen Staatsmänner der Kleinen Entente. Wir hören aber auch aus Italien: „Der Anschluß ist Krieg.“ Und dies, trotzdem die Italiener ständig von der Revision der Verträge reden.

Die Sicherheitsvorrichtungen waren unzureichend. Wenn sie aber jetzt verschwinden, so werden hierdurch die psychologischen Grundlagen des Friedens völlig erschüttert. Es entsteht ein allgemeines Unbehagen, das allmählich unerträglich zu werden droht. In unserem Zeitalter sind die Kriege zur Angelegenheit der Völker geworden, und die Gesetzmäßigkeit der Volksbewegungen gilt mindestens in gewissem Maße auch für die Kriege. Wie in der innenpolitischen Entwicklung eine Politik der Interessendivergenz nicht ausreicht, um Revolutionen auszulösen, und jeder revolutionäre Ausdruck seine besonderen psychologischen Wurzeln hat, so entscheidet nicht mehr politische Berechnung allein über Frieden oder Krieg. Die Politik der Regierungen behält zwar ihre Bedeutung, hat aber auch ihre Grenzen, und manchmal ruft sie die Geister auf, die sie zu meistern nicht mehr imstande ist.

Der Sieg des Faschismus in Österreich läßt eine sehr wichtige Sicherheitsvorrichtung verschwinden. Denn die österreichische Republik war eben eine solche Vorrichtung. Sie war nicht nur entworfen, sondern auch wirklich nicht militaristisch und faktisch ein neutralisiertes Land. Österreich wurde zu einer Sicherheitsvorrichtung durch seine eigenartige Zwischenlage. Es schützte durch die Tatsache seiner Existenz Jugoslawien gegen italienische Angriffe und stellte eine Art neutrale Zone innerhalb des Gürtels der Staaten der Kleinen Entente dar. Ungarn, das diesen Gürtel durchbricht, war nicht nur durch seine Entwaffnung, sondern vielleicht noch mehr durch seine eingekreiste Lage neutralisiert. Deutsche Kriegslust mußte auf den unüberwindlichen Widerstand stoßen, solange Deutschland im Westen Frankreich und Belgien und im Osten von den Tschechen, Polen und Tschechoslowakei zu seinen Nachbarn hatte, während Ungarn durch Rumänien

Rüstungswettlauf beginnt

Forderungen der englischen Konservativen

DRS. London, 27. Febr. In der konservativen Presse wird heute dringend ein Aufrüsten Englands gefordert.

„Daily Telegraph“ sagt: Der Haushalt des Luftfahrtministeriums, der demnächst dem Parlament unterbreitet werden wird, läßt die Luftverteidigung Großbritanniens, verglichen mit der anderer Mächte, in einer noch ungünstigeren Lage als gegenwärtig erscheinen. Der Haushalt fordert die Mittel für drei neue Geschwader (jedes Geschwader hat in der Regel zwölf Flugzeuge). Hierdurch wird die 1. Luftstreitmacht auf 45 Geschwader verstärkt, womit sie aber noch immer um sieben Geschwader unter der Grenze zurückbleibt, die in dem vor elf Jahren abgegebenen Gutachten als Mindestanzahl für die Sicherheit des Landes bezeichnet wurde. Inzwischen verstärkten andere Mächte, besonders die Ser. Staaten, Frankreich, Japan und Sowjetrußland, ihre Luftstreitkräfte in größerem Maße. Aber die britische Regierung bleibt entschlossen, alles zu unterlassen, was im Auslande falsch ausgelegt werden könnte.

„Morning Post“ beklagt die beunruhigende Schwäche der britischen Kriegsmarine. Ein heute veröffentlichtes Blaubuch über die Stärke der Kriegsmarinen der Welt bietet dem Blatt Anlaß, den Nachweis zu versuchen, daß die britische Flotte weiter hinter den anderen Kriegsmarinen der Welt zurückbleibe. Im Jahre 1906, bei Ablauf des Londoner Flottenabkommens, wurde Großbritannien 3. B. nur drei oder vier nicht veraltete Schlachtschiffe gegenüber acht amerikanischen und fünf japanischen besitzend. An Kreuzern werde es 1933 nur die Hälfte der erforderlichen Mindestzahl besitzen. Auch die Zahl der veralteten Fahrzeuge unter den Zerstörern sei beunruhigend hoch. Die britische Marine müsse

von dem Irrtum lassen, daß sie Sicherheit in Abrüstungsverträgen und im Völkerbund finden könne.

Die Reaktionen der englischen Presse geben in der Tat Auffassungen wieder, die sich immer stärker der öffentlichen Meinung des Insellandes bemächtigen. Während aber noch vor wenigen Jahren die Aufrüstungswünsche gewisser englischer Kreise mit dem Hinweis auf die starke Bewaffnung Frankreichs begründet wurde, sind es heute Deutschland und Japan, die das englische Sicherheitsgefühl beunruhigen. Von Deutschland gilt dies insofern, als es der Regierung Hitler gelungen ist, den ursprünglichen Gedanken der Abrüstungskonferenz auf den Kopf zu stellen und aus ihr praktisch eine Aufrüstungskonferenz zu machen. Die britische Diplomatie hat diese Verwandlung von Abrüstung in Aufrüstung offiziell durch ihr vielgenanntes Memorandum anerkannt, in dem sie den deutschen Aufrüstungswünschen weit entgegenkam. Wie sehr die öffentliche Meinung Englands sich mit dem Gedanken der Aufrüstung vertraut macht, beweist der rasche Erfolg einer kürzlich erschienenen Broschüre „Hinter dem Rauch-Vorhang“ von General Groves, in dem den englischen Regierungen der Nachkriegszeit in heftigen Ausführungen eine Vernachlässigung der britischen Luftstreitkräfte vorgeworfen wird.

Das „Journal“ berichtet aus London, daß die britische Regierung am Montag dem französischen Reichstag eine neue Note überreicht habe, in der sie ... allgemeiner Wirtschaftsverbindungen auf der Grundlage des status quo einverstanden erklärt.

und Jugoslawien in Schach gehalten wurde. Bei solcher Lage hätte auch Italien für den Fall des deutsch-italienischen Bündnisses die notwendige enge Verbindung mit dem gewaltigen Apparat der deutschen Industrie gesucht. Die Forderung der Lage wurde von Deutschland sowie von Italien angestrebt, aber nicht in einer gleichen, sondern in entgegengesetzten Richtungen. Deutschlands Ziel war und bleibt die Eroberung Österreichs. Italien will zwar eine Verbindung, aber kein Nachbarschaftsverhältnis mit Deutschland und will nicht der schwächere, sondern der stärkere im Bunde sein. Es wollte aber auch nicht, daß Österreich faktisch ein neutralisiertes Land bleibt. Sein Ziel ist, Österreich unter seinem Protektorat zu haben, und es versucht jetzt dieses Ziel zu verwirklichen. Dieser Aufgabe dienen die Besuche von Subich in Budapest und Wien.

Italien bekämpft die deutsche Lösung. Da es in Italien keine unabhängige Presse gibt, so kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Haltung der italienischen Presse von der Regierung gebilligt, wenn nicht direkt inspiriert wird. Diese Presse führt heute in ihrer Polemik gegen die deutsche Politik eine ungewöhnlich scharfe Sprache. Namentlich wird Herr Habicht außerordentlich scharf und geradezu grob angegriffen. Sein Ultimatum an Dollfuß wird in einem Blatt („Messaggero“) als „nahnimmige und verbrecherische Provokation“ bezeichnet. Ein anderes Blatt („Popolo di Roma“) verlangt für ihn eine „Zwangsjacke“. Es tritt dabei eine durchsichtige Taktik zutage: es wird Hitler suggeriert, Habicht fallen zu lassen, um das Wohlwollen Italiens wiederzugewinnen. Das würde aber der Verzicht Deutschlands auf seine Lösung der österreichischen Frage bedeuten. Die italienische Regierung weiß das und will auf Deutschland durch zweifachen Druck wirken: erstens dadurch, daß der Anschluß als ausichtslos dargestellt wird, und diesem Zweck dient die gemeinsame Erklärung von Frankreich, Italien und England. Zweitens soll durch die engste Verbindung zwischen Österreich und Ungarn die Widerstandsfähigkeit Österreichs selbst gestärkt werden. Nachdem die Regierung Dollfuß den italienischen Wünschen entsprechen und die österreichische Sozialdemokratie, d. h. die wichtigste, gegen Hitler orientierte innere Kraft zer schlagen hat, soll nun Ungarn die mangelnde innere Widerstandskraft ersetzen!

Italien beschränkt sich aber auf diesen doppelten Druck nicht. Es versucht auch mit einer großen Verlockung zu wirken. Wenn Deutschland auf die Eroberung Österreichs verzichtet, so eröffnet sich dafür die Aussicht eines Bündnisses mit einem von Italien beherrschten Staatenblock, d. h. mit Italien, Österreich und Ungarn. Die Bedeutung einer solchen Umlagerung der Fronten in Mitteleuropa ist wohl klar: auf diese Weise wäre die Umkreisung Deutschlands für den Fall des Krieges gesprengt. Und nun stelle man sich vor, was jeder Tscheche empfinden muß, wenn er die Karte seines Landes ansieht und dabei an ein solches Bündnis und untermeidlicher Weise an den Krieg denkt! Ist es zu vermeiden, daß in der Tschechoslowakei durch diese Entwicklung das Gefühl der äußersten Unsicherheit entsteht? Und in Jugoslawien, wo man Österreich schon als Durchmarschgebiet für die italienischen Truppen zu sehen beginnt? Es muß dann auch in Polen, trotz des Freundschaftsvertrages mit Deutschland, der sich sehr leicht als ein feines Papier erweisen kann, der Gedanke aufkommen, daß Polen sehr bald an die Reihe kommen kann. Kann nun Frankreich sich mit dem Gedanken abfinden, daß seine östlichen Verbündeten auf diese Weise der deutschen Kriegslust und Perfide der italienischen Politik ausgeliefert werden?

Man ist aber auch in Italien sehr nervös geworden. Das Spiel erscheint doch als außerordentlich gefährlich. Wird es gelingen, die Geister zu meistern? Wird es vor allem gelingen, Deutschland vom Gegenangriff auf Österreich abzuhalten? Wenn nicht, dann wird Italien mit dem Land im schärfsten Konflikt sein, auf das es als Hauptstütze für seine Machtpolitik rechnet. In Rom scheint man auf den Gedanken, Österreich zu okkupieren, verzichtet zu haben, da man heute schon weiß, daß dann die Staaten der Kleinen Entente nicht passiv bleiben und nicht zulassen werden, daß die italienischen Truppen alle in Österreich besetzen. Soll dann sich Italien mit der Kleinen Entente lieren und auf diese Weise seinen Gegenspieler wesentlich stärken, ja vor ihm sogar faktisch kapitulieren? Der österreichische Bürgerkrieg hat in Italien eine Siegestimmung ausgelöst, heute sind schon bange Sorgen da. Das gefährliche Spiel geht aber weiter. Was wird das Ende sein?

Vor Spitzbuben gerettet

Die österreichischen Arbeiterorganisationen sicherten die Arbeitergroshen

Wien, 26. Febr. Die Untersuchung gegen die aufgedeckte sozialdemokratische Arbeiterbank hat ergeben, daß von der Leitung der Bank in der letzten Zeit für fünf Millionen Schilling Gewerkschaftsgelder durch Ankauf ausländischer Wertpapiere bei ausländischen Banken ins Ausland gebracht worden sind und auf Grund von Akkreditivbriefen der Arbeiterbank von gelohenen Gewerkschaftsfunktionären, z. B. bereits abgehoben worden sind. So hat der gefälligte Obmann des Eisenbahnergewerkschaft bei einer Züricher Bank das gesamte Konto der Eisenbahnergewerkschaft in Höhe von 1,8 Millionen abgehoben.

Die Polizei hat ferner eine Reihe von Geheimfonten der Sozialdemokratischen Partei, insgesamt vier Millionen Schilling, beschlagnahmt. Gegen die verantwortlichen Leiter der Arbeiterbank ist ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet worden.

Das Verfahren gegen den Leiter der Arbeiterbank ist eine Willkür, da die Organisationen das Recht haben, nach Belieben über ihr Geld zu verfügen. Es ist erfreulich, wenn sie aus dem deutschen Beispiel gelernt haben und das Arbeitervermögen vor Spitzbuben aller Art sicherten.

Deutsch-polnische Entente?

Sogar in den Fragen der öffentlichen Meinungsbildung

Berlin, 27. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: „Im Zusammenhang mit der in Warschau ratifizierten deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar d. J. haben zwischen den zuständigen Berliner Stellen und dem zur Zeit hier weilenden Pressechef des polnischen Außenministeriums Herrn Przemyski und seinem Stellvertreter Herrn Rüdert Besprechungen stattgefunden, um eine ständige Fühlung einzuleiten.“

Um die Auswirkungen der deutsch-polnischen Vereinbarung zu gewährleisten, haben die Vertreter beider Teile ihren übereinstimmenden Willen dahin festgelegt, in allen Fragen der öffentlichen Meinungsbildung in den beiden Ländern in fortlaufender Zusammenarbeit darauf hinzuwirken, daß das gegenseitige Verständnis immer mehr gewickelt und dadurch eine freundschaftliche Atmosphäre gewahrt wird. Ueber die auf den einzelnen Gebieten der Presse, des Schrifttums und des Radio-, Kino- und Theaterwesens einzuleitenden Schritte ist dabei volles Einverständnis erzielt worden.

Die beiderseitigen Vertreter sind darin übereingekommen, die hergestellte Verbindung ständig zu unterhalten. In diesem Sinne wurde vereinbart, die nächste Begegnung in Warschau stattfinden zu lassen.

Schon ehe dieses Abkommen in Kraft getreten ist, wurde in Ost-Oberschlesien ein katholisches Blatt wegen einer Hitler-

Karikatur verboten. Aus der deutschen Presse sind längst alle Angriffe gegen Polen, ja sogar alle kritischen Bemerkungen gegen die „Polacken“ und gegen den „Zaion-Staat“ verschwunden.

Zwischen Deutschland und Rußland

In Ost-Europa zirkulieren Gerüchte, nach denen der deutsch-polnischen Verständigung geheime militärische Abmachungen zugrunde liegen. Die beiden Regierungen rechnen in naher Zeit mit einem russisch-japanischen Konflikt. Deutschland und Polen würden diese Situation ausnützen, um russische Randgebiete zu besetzen. Während Polen sich ukrainisches Gebiet aneignen würde, werde Deutschland die ehemals russischen, heute selbständigen Randstaaten im Baltikum okkupieren.

Demgegenüber wird in Warschau erklärt, daß eine derartige Politik einen Selbstmord Polens bedeuten würde. Die Existenz Polens hänge von seiner Stellung zwischen den ungefähr gleichstarken Mächten Deutschland und Rußland ab. Würde eine der beiden Mächte ein entscheidendes Übergewicht erlangen — und das wäre bei einem deutschen Einmarsch in die Randstaaten der Fall — dann wäre es mit der Stellung Polens als selbständige Großmacht ein für allemal vorbei.

Professor Dessauers Martyrium

Der haberrillte Kampf gegen den Katholikenführer

Der in Saarbrücken erscheinende „General-Anzeiger“ weiß zu berichten:

Der aus dem München-Blabacher-Prozess bekannte katholische Professor Dessauer wird seit seinem Freispruch von den herrschenden nationalsozialistischen Dummwägern mit einem Haß verfolgt, der einem liberal gestellten Menschen überhaupt nicht verständlich ist. Nicht allein, daß man sein Vermögen beschlagnahmt hat — ohne irgend einen gesetzlichen stichhaltigen Grund zu nennen. — Man schreit auch nicht vor offener Gewalt zurück. Vor einigen Wochen erschienen auf einmal abends vor der Villa des Professors in der Frankfurter Stresemannstraße eine Rotte junger Leute in Zivil, etwa 60 an der Zahl, und warteten schon auf der Straße die berüchtigte „erregte Volksmenge“. Sie rissen die Gittern aus dem Gartengitter, bewaffneten sich mit Steinen und drangen in die Villa ein, wo sie schon im Vorraum alles kurz und klein schlugen und die Fenster zertrümmerten, die Rollläden zerbrachen, kurzum, wie Banditen hantierten. Der Hauseigentümer, Professor Dessauer, schloß sich auf den Boden und schloß sich dort ein. Seiner Frau gelang es, das Heberfallkommando zu alarmieren. Als die Schupo ankam, waren die Eindringlinge durch den Garten entwichen, wobei unser Gewährsmann behauptet, man habe ihm erzählt, der Polizeikommandant — die Polizeikaserne ist höchstens 2 Minuten vom Schauspiel entfernt — sei mit merkwürdiger Verwirrung angelangt. Man nahm den Professor in eine, diesmal wirklich berechtigte Schutzhaft und gab an die Frankfurter Presse den trüben Befehl: kein Wort über den Fall zu veröffentlichen. Andern Morgens fand vor dem Haus ein Wachtposten der Schupo, der keinen in die Villa ließ. An den Fenstern, Rollläden und am Jann wurde sieberhaft gearbeitet. Nach einem Tag war äußerlich nichts mehr von dem angerichteten Schaden sichtbar. Was im Innern der Villa an Verwüstungen angerichtet wurde, entzieht sich der Kenntnis unseres Gewährsmannes. Bis jetzt

hat man aber kein Wort davon gehört oder gelesen, daß die Täter — es war eines jener berühmten SS-Rollkommandos — erkannt und zur Verantwortung gezogen worden seien. Schwere Landfriedensbrüche, Bedrohung, Sachbeschädigung und wessen sich die Herren sonst noch schuldig gemacht haben: das alles darf man also, wenn es sich um einen angeblichen politischen Staatsfeind handelt, im „dritten Reich“ offenbar ungestraft, sozulagen unter den Augen der Polizei, begehen. Und 8 Wochen später kräht kein Hahn mehr danach.

Der roten Gewalt folgte die moralische PreSSION. Der Anlaß zu der Vermögensbeschlagnahme des katholischen Professors wird erst klar, wenn man erfährt, daß das Frankfurter Zentrumblatt, die Rhein-Mainische Volkszeitung, zu 51 Prozent dem genannten Professor Dessauer gehörte, und daß gerade dieses Blatt den heftigsten Nazi seit Monaten ein Dorn im Auge ist. Durch die Beschlagnahme hat man erreicht, was man auf andere Weise nicht erreichen konnte: man hat die Majorität des Verlags in die Hände des preussischen Staates gespielt, der also nun formell Mitbesitzer der Zeitung ist. Was das zu bedeuten hat, wird jedem Kunde klar sein. Der Verlagsdirektor, jener im Volksverderbnisprozeß mitangeklagte Dr. R. Necht, wurde sofort entlassen. Der Chefredakteur Dr. Sebarp, ein Demokrat von altem Schrot und Korn, erhielt die Kündigung. Die ganze Zeitung wird innerlich umgedichtet und äußerlich gleichgeschaltet. Unter der Maske einer katholischen Zeitung, die angeblich die religiösen Belange ihrer Leser nach wie vor vertritt, legt sie fürderhin im Fahrwasser der andern gleichgeschalteten politischen Blätter, die sich an Liebedienerei gegenüber den neuen Machthabern übertreffen. Aber das Publikum darf davon natürlich nichts erfahren. Und Gott sei gedankt, es merkt auch nichts davon. Es ist viel zu dumm und zu feige geworden, um überhaupt noch etwas zu merken.

Kardinal Schulte gegen Duell und Zensur

Immer neue Konflikte drohen

Unter dem Druck der nationalsozialistischen Studentensführung haben sich, wie wir in Kürze berichteten, die alten katholischen Studentenverbindungen nicht nur offiziell gleichgeschaltet, sondern auch ihr religiös-konfessionelles Sonderleben selber preisgeben müssen. Der katholische Student ist fortan ein Glied der studentischen braunen Pataillone. Er darf zwar in die Kirche gehen, doch mit Kommilitonen Weltanschauungsfragen erörtern, ist ihm verboten.

Aber nicht genug damit. Die katholischen Studentenverbindungen haben sich gezwungen gesehen, auf ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen Duell und Zensur zu verzichten. Das bedeutet einen tiefen Einbruch nicht nur in die katholischen Glaubenslehren, sondern auch einen offenen Verstoß gegen zahlreiche kirchliche Anordnungen, die den katholischen Studenten grundsätzlich die Teilnahme an Renzuren verboten haben.

Darand entwickelt sich jetzt ein neuer Konflikt. Am vergangenen Sonntag wurde von der Kanzel der Erzdiözese in Köln den Gläubigen erneut das Renzuren- und Duellverbot des Kardinal-Erzbischofs von Köln, Dr. Schulte, vom Jahre 1928 in Erinnerung gebracht. Das bedeutet eine förmliche Kampfanlage an den Reichsführer der Studentenschaft Dr. Stäbel, der noch vor kurzem erklärte, daß jeder Verstoß gegen die nationalsozialistische Weltanschauung, verübt von theologisch-konfessionellen Studentengruppen auf keine Duldung mehr rechnen könne. Zu der nationalsozialistischen Weltanschauung gehört aber die grundsätzliche Bejahung der Renzur.

Die Haltung des Kardinals Dr. Schulte ist umso bemerkenswerter, als er vor vierzehn Tagen von seiner großen Audienz mit dem Reichskanzler ohne Ergebnis nach Köln zurückgekehrt ist. Auf der gleichen Linie liegt die Forderung der katholischen Ordensgemeinschaft in der Erzdiözese Köln, die einen gewaltigen Jähling hat. Die hier tätigen Priester haben mit wachsender Energie die Gegnerschaft der katholischen Glaubenswelt zu bestimmten „Irrlehren“ herauf. Die Gläubigen wissen, was gemeint ist. In den katholischen Bezirken Westdeutschlands wachsen Erbitterung und Widerstand.

Jagd hinter katholischen Priestern

Der katholische Gefängnisgeistliche der hessischen Straf-anstalt Budyach, Dr. Lausenberg, ist jetzt mit sofortiger

Wirkung aus dem hessischen Staatsdienst entlassen worden. Lausenberg hatte es, wie wir kurz berichteten, gewagt, einen zum Tode verurteilten jungen Kommunisten mit den letzten religiösen Tröstungen zu versehen, wobei er angeblich nationalsozialistische Gefühle vertrat haben soll. Lausenberg wurde sofort nach seiner „Tat“ mißhandelt und in Schutzhaft genommen.

Aus dem hessischen Ort Vöhl, Viebelsbach wird ein ähnlicher Vorfall berichtet: Der katholische Ortsgemeinliche, der gegen gewisse Maßnahmen der Hitler-Regierung aus religiösen Gründen Stellung genommen hatte, wurde ausgewiesen und mußte schleunigst seinen Wohnsitz verlassen. Man hatte vor seinem Hause Demonstrationen organisiert, ohne daß die Behörden einschritten.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die in Dortmund erscheinende Zeitung „Trennung“, die früher eines der bedeutendsten Zentrumblätter des Bezirks war, für vier Tage verboten. Anlaß zu dem Verbot gab ein Aufsatz „Seelsorger und Arzt“.

Katholiken an der Klagemauer

So weit ist es schon

Die katholische „Saarpfalz“ schreibt u. a.:
Nur nicht an der Klagemauer sitzen. Wer hindert dich daran, mit guten Freunden in deinem Heim zusammenzukommen und über die großen katholischen Fragen zu sprechen? Niemand kann es dir verbieten, einen kleinen Besessenen zu gründen, in dem auf wichtige katholische Bücher und Zeitschriften hingewiesen wird. Unzählige Möglichkeiten bietet das Privatleben, in das vorläufig doch kein Mensch hineinregiert. Die Zeit ist gekommen, in der erfindereische Liebe wieder ein großes Feld vor sich sieht. Kann man nicht in Kolonnen marschieren, so kann man in Schwärmen aufschwärmen. Wir sind nicht an bestimmte Methoden gebunden, und wir können uns jedenfalls helfen, solange in Hebergangszeiten noch kein sicherer Weg in die Zukunft gefunden ist.

Der Aufsatz schildert die „Freiheiten“ des „dritten Reichs“.

Im Saargebiet haben die Katholiken noch alle Bürgerrechte. Man kann sich vorstellen, wie sehr sich der Katholizismus an der Saar danach sehnt, unter die Krute Hitlerdeutschlands zu kommen.

Ein Dokument

„Alle 18—35jährigen wehrfähigen Männer“

SA. der NSDAP.

Standarte 43

Königsberg Pr., den 23. 1. 34.

Nr.

Bez. Sportabteilung (Spa).

Jeder deutsche Mann hat in Zukunft die Pflicht, seine ganze Kraft dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen. Wer sich nicht einsetzt für das Aufbauprogramm der Regierung, hat keinen Anspruch auf Arbeit und Brot und wird als Saboteur und Landesverräter behandelt.

Durch Befehl der Obersten SA-Führung sind alle 18- bis 35jährigen Männer zu Sport-Abteilungen zusammenzuschließen und unter Führung von SA-Führern sportlich und politisch zu schulen. Jeder in eine Sportabteilung eingegliederte Volksgenosse wird durch SA-Kräfte auf seine Tauglichkeit untersucht. Für die Spa. kommen nicht in Frage: SA., SS. und Amtsmänner.

Sie sind der Sportabteilung des Sturmes 0/00 zugeteilt und haben sich erstmalig am 6. Februar um 9 Uhr vor der Kaserne Pilsener zum Dienst zu melden.

Eine Weigerung, dem Befehl Folge zu leisten, zieht Zwangsverhaftung nach sich.

H. d. R.

Der Führer des Sturmes 0/00

Der Führer der Standarte 43

Unterschrift.

ges. Denaler

Zruf.

Standartenführer.

„Sieg Heil!“ auf Stottern

Untertänigster erzwungener Dank für Almosen

Im „Deutschen Textilarbeiter“ ist fettgedruckt folgendes zu lesen:

„Die Firma Edelhoff und Schulte A.-G. in Gruitzen (Rheinland) gab ihren Arbeitern und Angestellten etwa 14 Tage vor Weihnachten ein Darlehen von 20 RM. Die Rückzahlung erfolgt in kleinen Wochensraten und muß bis Ende März 1934 erfolgt sein. Auf Vorkleistung des Betriebsrates bekamen die Werksangehörigen ein Weihnachtsgeld von 10 bis 2 RM. in bar. Der Firma Edelhoff und Schulte A.-G. in Gruitzen an dieser Stelle unser herzlichster Dank und ein dankbares „Sieg Heil“ unserem Volksgenossen.“

Der Betriebsrat und die Arbeiter und Angestellten der Firma Edelhoff u. Schulte A.-G., Gruitzen (Rheinland). Wem steigt nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn er ein derartiges untertänigst Dank sagt, weil er einen Weihnachtsgeld von 2 Mark gegeben hat und eine Gratifikation, die sich unterschiedlich, von 2 Mark (in Worten zwei) bis zu 10 Mark aufwärts (für die Vorgesetzten) erstreckt!

Das „dritte Reich“ hat die Arbeiter zu Sklaven erniedrigt! Zu Weillern, die ein Weihnachtsgeld von 2 Mark mit einem öffentlichen „dankbaren Sieg-Heil“ quittieren müssen!

Nur Parteibuchbeamte werden befördert

In einer Verfügung über Anstellungen und Beförderungen weist der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Riefen, darauf hin, daß Beförderungen nicht erfolgen lassen, sondern verdient werden müssen. Die nationalsozialistische Stadtverwaltung wolle nur den Leistungen und Persönlichkeitswerten des einzelnen Beamten die ausschlaggebende Bedeutung zu. Nur solche Beamte, die durch die Tat beweisen, daß sie der nationalsozialistischen Stadtverwaltung unerschütterliche Gefolgschaftstreue halten, könnten mit einer Beförderung rechnen.

Blitzlichter durchs deutsche Dschungel

Die Hannoversche Landeskirche hat in der Nähe von Nelsen eine Theologenschule errichtet. „Es darf“, so erklärte der Vizepräsident der Hannoverschen Kirchenregierung, „um des Volkes und der Kirche willen, nicht mehr möglich sein, daß Geistliche dem Deutschen, der im Brautheum marschiert, verständnislos oder gleichgültig gegenüberstehen. Für die Kirche im nationalsozialistischen Deutschland ergibt sich deshalb die Forderung, die Diener der Kirche, die nationalsozialistischen Gemeinden und einer nationalsozialistischen Jugend dienen wollen, müssen Nationalsozialisten sein.“

Deshalb werden die Lehrgänge der neuen Theologenschule künftig unter der Leitung von bewährten SA-Führern stehen. Sie werden aus den Theologen des deutschen Gottes Stamme SA. wachen, die sich auf des gottgesandten Dicks Kommando über alle Gebote hinwegsetzen darf.

Die „Deutsche Adelsgesellschaft“ hat bekanntlich ihren Mitgliedern auferlegt, eine einwandfreie Ahnenaufstellung bis zum Jahre 1750 zu erbringen. Es begann ein großes Suchen in der Vergangenheit, ob etwa ein Urgroßvater oder eine Urgroßmutter keine Vergangenheit gehabt hat. Sehr bald stellte sich aber vielfach die Unmöglichkeit heraus, den Blutschein lückenlos zu führen. Jetzt ist die Situation so, daß viele der Hochgeborenen über irgendein „fehlendes Glied“ nicht hinwegkommen und infolgedessen die Ahnenprobe nicht bestehen können. Es wird daher von der Adelsgenossenschaft erzwungen, beim Reichsinnenministerium zwecks Heraushebung der Reinheitsgrenze bis 1825 vorstellbar zu werden.

Die Blaublütigen haben im braunen Deutschland schon so manches blaue Wunder erlebt. Es wird ihnen wahrscheinlich noch schwarzer vor Augen werden.

Pa. Wilm Wörke, Leiter des Rasseamtes der Naziregierung, teilt jüngst der deutschen Öffentlichkeit mit, daß es in Deutschland ungefähr drei Millionen Juden und Judenfamillange gebe. 870 Beamte hätten allein nichts anderes zu tun, als die Geburtsregister der verschiedenen Gemeinden zu untersuchen, um die zum Christentum übergetretenen Juden aufzuspüren und die Abkunft der jüdischen oder biblischen Namen tragenden angeblichen Arier zu erkundigen.

Man kann also nicht leugnen, daß es Hitler mit der Arbeitsbeschaffung ernst nimmt. Unübersehbar noch die Möglichkeiten, die sich aus dieser Abstammungsprosa für die Wirtschaftsanfurbelung ergeben können: Wenn erst das Auf-

Saar-„Führer“ Spaniol gestürzt

Der „Führer“ der „deutschen Front“ des Saargebietes, Spaniol, ist plötzlich seines Postens enthoben worden. An seiner Stelle wurde ein gewisser Pierot aus Homburg, ebenfalls Nationalsozialist, ernannt. Spaniol bleibt Leiter der nationalsozialistischen Partei des Saargebietes.

Mit dem Sturz Spaniols war schon seit einiger Zeit zu rechnen, Intrigen in der eigenen Partei, sein Gegenpart zu Köhling und Papen, vor allem aber sein berühmtes antislawisches Schweden-Interview haben seine Position unhaltbar gemacht. Man darf sein jähes Verschwinden von der Spitze als besondere Konzession an den Saar-Katholizismus werten. Die „Volkstimme“ teilt über den neuen „Führer“ mit:

„Der neue sogenannte Führer der sogenannten „deutschen Front“ an der Saar ist ein ehemaliger Beamter auf dem Landratsamt in Homburg, der bei den letzten Wahlen eines des gutbezahlten, aber vollkommen arbeits- und bedeutungslosen Mandats ergattert hat. Da sich seine Position als Beamter des Saargebietes mit dieser Mandatsübernahme nicht vertrug, hat er seine Beamten-tätigkeit als Saarbeamter aufgegeben — immer in der Hoffnung, nach einer evtl. Besitzergreifung des Saargebietes durch das „dritte Reich“ in die gleiche oder eine bessere Beamtenposition hineinzukommen.“

Dieser Ausgang der schmerzlichen Zermürnungen innerhalb der abdröckelnden „deutschen Front“ und innerhalb der Nationalsozialistischen Partei des Saargebietes ist zweifellos keine Lösung von Dauer. Pierot selbst ist noch unbedeutender als Spaniol und die Machtülle in der Hand des Leiters der Nazi-Partei an der Saar wird immer größer sein, als die des sogenannten Landesführers der sogenannten „deutschen Front“. Deshalb sind weitere Auseinandersetzungen und Differenzen unvermeidlich, wenn der neue sogenannte Landesführer nicht die millenlose Marionette des Leiters der Saar-Nazi-Partei abgeben sollte. Pierot gilt im übrigen als der Vertrauensmann des pfälzischen Gauleiters Bürckel — was Spaniol bei seinen Differenzen mit diesem als einen ständigen Stachel gegen sich selbst im Fleische der eigenen Partei und der „deutschen Front“ empfinden muß.

Diese Lösung trägt alle Keime kommender Differenzen in sich.“

„Chaos und Ruin“

Victor Binde, der Pariser Korrespondent der Stockholmer Zeitung „Nya Dagligt Allehanda“ (der gleiche, dem Spaniol das berühmte Interview gegeben hat), schreibt am Ende einer Artikelserie über die Saar unter anderem:

„Eine objektive Untersuchung des deutschen statistischen Materials in der Saarfrage, vor allem des vor dem Umsturz in Deutschland vorhandenen, gibt so klare und deutliche Belege dafür, daß das Saargebiet unmöglich ohne Lothringen leben kann, so daß man darüber kaum noch zweifeln darf, daß es überhaupt bestritten werden kann. Der Verfasser hat sorgfältig vermieden, im Saargebiet französisches Ziffermaterial zu verwenden. Die wichtigsten Quellen sind die von der Handelskammer zu Saarbrücken (unter nationalsozialistischer Führung) veröffentlichte Wirtschaftsstatistik, eine in ihrer Art außerordentlich gut gelungene statistische Arbeit und ein kulturgeschichtliches Werk über die Kohlen- und Eisenindustrie an der Saar: Fünzig Jahre Köhling (1931).“

In diesem letztgenannten Buche würde der Kommerzienrat Köhling die unwiderlegbarsten Argumente gegen die These finden, die er in seinem Gutachten verteidigt und dies, obgleich das genannte Gutachten auf Veranlassung von Köhling selbst veröffentlicht worden ist.

Um auser die Kohlenfrage zu erwähnen, ist es mehr als zweifelhaft, ob das Saargebiet je für seine Kohle in Deutschland Absatz bekommen kann. Die Saarkohle ist, sagt der Verfasser der „Fünzig Jahre Köhling“, vom produktiven Gesichtspunkte aus, 20 Prozent schlechter und hinsichtlich des Preises 15 bis 20 Prozent teurer als die Ruhrkohle.

Ein Wettbewerb auf dem deutschen Markt ist für die Saarkohle von Anfang an hoffnungslos.

Die Saargruben sind seit jeder Staatsbesitz gewesen, erst preussisch, während 50 Jahren nachher französisch. Der Betrieb ist niemals nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geregelt gewesen. Eine Rationalisierung hat niemals stattgefunden. Der Grubenbetrieb hat nunmehr der Ruhrindustrie einen solchen Vorsprung gegeben, daß er ihn niemals nachholen kann. Wenn die deutschen und französischen Märkte für die Saarkohle geschlossen sind, so fehlt auch die Ausfuhr nicht offen. Die Saarkohle ist nämlich — und das ist sie immer gewesen — teurer als englische, polnische, deutsche und französische Kohlen — und ihr nächster Verschiffungshafen ist das entfernte Antwerpen!

Die Eisenindustrie ist ebenso von Lothringen abhängig wie die Kohlenindustrie. Für Schweden wäre es z. B. sehr glücklich, wenn das Saargebiet sein Erz von uns und nicht von Lothringen beziehen würde. Das ist aber ein Ausweg, den alle saarländischen Industrie-Magnaten verwerfen. Das Erz würde zu teuer werden, falls es den langen Weg nach der Saar transportiert werden müßte.

Damit müßte die Eisenindustrie sofort stillgelegt werden. Nach der Rückgliederung müßte die saarländische Eisenindustrie auch einen harten Kampf mit ihren gefährlichsten und mächtigsten Konkurrenten, der Schwerindustrie an der Ruhr und in Westfalen anfangen, welche bisher durch die Zollmauern in Entfernung gehalten worden ist.

Wir Absicht sind mehrere sekundäre Fragen beseitigt worden. Manche saarländischen Industriellen werden zum Stillstand oder zur gänzlichen Umstellung der Produktion gezwungen.

Für Kohle, Eisen und Verkehr reichen aber weder Subsidien noch der gute Wille aus. Hier geht man dem Ruin und Chaos entgegen!

Man vergißt allzu leicht, daß die Rückgliederung des Saargebietes keine Wiederherstellung des Status quo 1914 bedeutet. Die Trennung zwischen dem Saargebiet und Elsass-Lothringen, zwischen zwei wirtschaftsgeographischen intim zusammenhängenden Provinzen, welche 1919 auf 15 Jahre vertagt wurde, soll 1935 Wirklichkeit werden. Eine von den Konsequenzen des Versailler Friedens wird dann gespensterhaft umgeben. Dann beginnt für das Saargebiet eine neue Periode der Prüfung, eine Heimkehr Nummer 2, von welcher es noch zu frühzeitig ist, Beschlüsse zu machen.“

„Chaos und Ruin“ sagt Victor Binde für die Saar wirtschaftlich voraus, falls die Saar zu Hitler köme. Er kommt zu dieser Schlussfolgerung, wie er ausdrücklich betont, nur gestützt auf das Material der deutschen Handelskammer im Saargebiet, die unter nationalsozialistischer Führung steht, und auf Grund des Werkes Hermann Köhlings „50 Jahre Köhling“. Seine Prognose ist hoffnungslos für die Schlüsselindustrie des Saargebietes, ist düster-schwarz für Kohle, Eisen, Glas und Keramik, — und sein Versuch einer Tröstung, daß man für die kleinere und mittlere Industrie, die überhaupt nur von der Zollgrenze zwischen Deutschland und dem Saargebiet lebten und die allein 25 000 Arbeitnehmer beschäftigen, mit Umstellungen und Unterstützungen (von dem bettelarmen Nazideutschland!) und mit anderen Mitteln helfen könne, ist mehr als optimistisch.

— da es drei kleine Magazine mit je 32 Patronen hat — in einer halben Minute 96 Schüsse abgeben kann.

Genau so, wie der „Arbeitsfront“ zur Kraft durch Freude das Tragen eines Festanzuges verordnet worden ist, wird auch bald den besseren Herren in Hitler-Deutschland das Tragen eines solchen Miniatur-Geschüßes mit der Parole verordnet werden: „Der elegante deutsche Mann trägt künftig das deutsche Kleingewehr als Abzeichen deutscher Gesinnung und Wehrhaftigkeit. Auch der Führer trägt es bereits zum Arbeits- und Festanzug.“

Eine Verordnung des „Führers der Nationalsozialistischen Kriegsoffiziersversorgung“: „Jüdische Kriegsbefindliche können nicht weiter Mitglieder des Bundes erbittender Krieger sein, da es sich um eine Fachabteilung der NSDAP handelt.“

Es ist der arische Dank des Vaterlandes. Das Augenlicht, das jene Unglücklichen für die treudeutsche Heimat verloren haben, beleuchtet die Finsternis der Gesinnung dieser Denker, in deren Händen sich heute ein ganzes Volk befindet.

Mit dem Dank vom Braunen Hause ist es überhaupt eine eigene Sache. Als der behende von einem nationalsozialistischen Extrem ins andere springende Lord Rothermere zu nächst — wie er es auch seinerzeit mit Ungarns Horthy getan hatte — in seinen Blättern Hitler als das staatsmännliche Ideal Europas priesen ließ, war der Ehrbezeugung für den gesinnungsverwandten englischen Presselord in den braunen Zeitungen kein Ende. Man feierte ihn als den „Vorfürerer“ bester englischer Tradition und besten englischen Geistes“. Und als Rothermere gar Protektor des englischen Faschistenhüpfelings Mosles wurde, kannte die Begeisterung des göbbelischen Propaganda-Apparates keine Grenzen. Doch plötzlich kam die Erklärung Mosles in der „Daily Mail“, daß weder er noch Rothermere sich mit den antisemitischen Affektendungen des Hitlerismus identifizieren wollten, ja, sie entschieden ablehnten. Was tat da der treudeutsche Göbbel? Er kommandierte: „Die Mosles-Bewegung ist ein jüdisches Manöver zur Abdrosselung der nationalsozialistischen Bewegung in England. Lord Rothermere ist selbst Jude. Sein Faschismus datiert daher, daß Israel glaubt, daß Feuer am wirksamsten durch Feuer gelöscht werden kann. Diese Rasse hat kein Ideal von Ehre und keine feste Überzeugung, sondern betrachtet alle Dinge vom Standpunkt des eigennütigen Interesses.“

Das kann der Lord nicht auf sich sitzen lassen. Er wird schnellstens für Rehabilitierung in den Augen Hitlers Sorge tragen müssen. Baldemar Grimm.

spüren der Richtreinstellung beendet ist, wird sich natürlich die Notwendigkeit ergeben, neue Gesetze zu schaffen und erst recht, sie durchzuführen. Es wird bald ein zweiter Vierjahresplan notwendig sein!

Die württembergische Regierung hat das Wahrsagen, Traumbuten, Hellsehen, Kartenlegen, Sternbuten usw. verboten und Zuwidergehandelnden strenge Strafen angedroht. Denn all das ist im „dritten Reich“ das Monopol der Führer und besonders des Gottgesandten, der allein Hellseher genug ist. Und Wahrsagen? Ist es nicht schon seit dem 30. Januar 1933 im Hitler-Deutschland ein todkündiges Verbrechen? Außerdem, was braucht man in den Sternen nach den Aussichten zu lesen, wo man ein „drittes Reich“ und seinen Führer hat! Das ist doch die sicherste Aussicht!

Aus einer Bekanntmachung des sogenannten Reichsverbandes der deutschen Presse: „Es bestehen keine Gesetze und Vorschriften, wonach die Schriftleiter verpflichtet sind, nur Manuskripte von Mitgliedern des NSDAP. und NSD. Reichsverband der Deutschen Schriftsteller) zu veröffentlichen. Jeder Schriftleiter ist in seiner Entscheidung über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Artikels frei. Entscheidet er sich für die Aufnahme eines Artikels, so trägt er für ihn die Verantwortung nach § 20 des Schriftleitergesetzes.“

Göbbels ist also so edelmütig, seinen Kult es zu überlassen, in ihrer Entscheidung frei zu sein, ob sie schon durch Nichtaufnahme eines Artikels ins Konzentrationslager kommen wollen, oder erst durch die Veröffentlichung.

Das Breslauer Sondergericht gibt in einer Anwandlung von Wahrheitsliebe bekannt, daß seit Beginn seiner Tätigkeit — dem 1. April 1933 — nicht weniger als 1950 Ermittlungsverfahren eingestellt werden mußten, weil sich die Halslosigkeit der von Anzeigenden erhobenen Beschuldigungen ergab.

Dieser Denunziantenstatistik — noch dazu aus dem Machtbezirk des Fememörders Goines — wäre nichts hinzuzufügen. Der Umbruch einer Nation ist eben so aufwühlend, daß der Dreck an die Oberfläche kommt und die ganze Landschaft bedeckt.

Nach Zeitungsmeldungen ist in Deutschland ein „tragbares Geschäß“ erfunden worden, das nur 8 Kilogramm wiegt und

Die Industriebeschäftigung

Rückgang der Arbeitszeit

Die gleichgeschaltete Presse kann das weitere Absinken der Wirtschaftskurve nicht mehr ganz verbergen, wie folgender Bericht zeigt:

Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit eines Arbeiters ist nach der Industriebeschäftigung des Statistischen Reichsamts im Januar 1934 von 7,33 Stunden auf 7,19 Stunden zurückgegangen. Dementsprechend hat sich auch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeiterstunden von 45,4 auf 44,4 Prozent der Arbeiterstundenkapazität vermindert. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist dagegen im ganzen von 49,6 Prozent der Arbeiterplatzkapazität u n v e r ä n d e r t geblieben.

In den Produktionsgüterindustrien hat sich das Arbeitsvolumen nur wenig verändert, hier sind sogar weitere Arbeitskräfte eingestellt worden. In den Verbrauchsgüterindustrien dagegen mußten trotz der Arbeitsstreckung Arbeiter entlassen werden.

Die günstige Entwicklung in den Produktionsgüterindustrien wird zunächst vom Baugewerbe getragen. Infolge der milden Witterung im Januar konnten die begonnenen Bauarbeiten in verstärktem Maße fortgesetzt werden; die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter hat um 2,5 Prozent der Höchstbeschäftigung zugenommen. Vor allem hat sich auch die Beschäftigung in den Investitionsgüterindustrien ohne ausgeprägte Saisonbewegung weiter erhöht. Hier wurde freilich die Arbeit gestreckt; die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist daher stärker gestiegen als die geleisteten Stunden. Dies gilt besonders für die Groß-Eisenindustrie, für den Waggon- und Schiffbau, sowie für Teile der Elektro-Industrie. Nur im Maschinenbau hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter und der geleisteten Arbeiterstunden in gleichem Maße zugenommen. In den N.-E.-Metallhütten und Walzwerken sind ebenfalls Arbeiter neu eingestellt worden, die Gesamtzahl der geleisteten Stunden ist jedoch zurückgegangen.

Schließlich ist in allen Zweigen des Fahrzeugbaues die Beschäftigung gestiegen. In der Kraftfahrzeugindustrie ist die Zunahme zwar nicht so stark wie im Vormonat; hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Beschäftigung bereits einen verhältnismäßig hohen Stand erreicht hat. Nur in den Industriezweigen, die vielseitig mit der Wirtschaft verflochten sind, hat sich die Beschäftigung fast durchweg vermindert. Dies gilt besonders für die Papiererzeugung sowie für alle Zweige der papierverarbeitenden Industrie, des Druckgewerbes und der Feinmechanik. Auch in einzelnen Teilen der Eisen- und Stahlwareindustrie ist die Tätigkeit zurückgegangen.

Innerhalb der Verbrauchsgüterindustrie hat sich die Beschäftigung an stärksten in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien vermindert.

Passive Resistenz

Von den vielen Steuern, die das „dritte Reich“ unter dem Namen freiwillige Spenden eingeführt hat, wird die Eintopfspende am häufigsten sabotiert. Die Arbeiter hassen sie, weil sie es als Hohn empfinden, daß gut ernährte Reiche an einem Sonntagmorgen im Monat eine Volksgemeinschaftsuppe essen, ein Eintopfgericht, für das sie sich abends entschädigen, mit dem sie sich nach ihrer Meinung aber eine ungeheure Entbehrung auferlegen. Selbst vollbeschäftigte Arbeiter können für sich und ihre Familien nicht 50 Pfennig pro Kopf für ein Mittagessen ausgeben. Die Arbeiterfrauen weisen die Sammler des Winterhilfswerks, die das durch den Eintopf „Ersparnis“ abholen wollen, immer energisch ab: „Wir kochen täglich Eintopf! Wir sparen nichts!“ Der Landesinspektor des Winterhilfswerks in Lippe hat deshalb jetzt verfügt: „Auch diejenigen, die angeblich (!) beim Eintopfgericht nichts sparen, sind verpflichtet, wenigstens den Mindestsatz zu zahlen.“ Die „freiwillige“ Spende wird damit ganz offiziell als neue Zwangssteuer gekennzeichnet. Nach Angabe des „Völkischen Beobachters“ bringt diese Steuer an jedem Eintopfsonntag 4 bis 5 Millionen Mark, die jedoch nur zum kleinsten Teil dem Winterhilfswerk zufließen. Die Gastwirte haben sich nämlich bitter beklagt, daß am Eintopfsonntag ihre gewohnten Gäste ausbleiben und lieber zu Hause essen. In Berlin und zahlreichen andern Städten werden deshalb am Eintopfsonntag die Wohlfahrtsküchen geschlossen, und alle ständigen Gäste dieser Küchen und ein erheblicher Teil der Mitarbeiter des Winterhilfswerks aus Mitteln der Eintopfspende in Gastwirtschaften verpflegt. Damit spart die Stadt die Ausgaben für die Wohlfahrtsküchen und gleichzeitig erhalten die Wirte eine Entschädigung für den Verdienstausschlag durch das Eintopftheater. Von der Eintopfspende bleibt infolgedessen so gut wie nichts übrig. Die passive Resistenz der Arbeiter gegen die Eintopfspende, die sich zum größten Teil selbst auftrifft, wächst von Eintopfsonntag zu Eintopfsonntag.

Der Kampf um die Hebamme

„Wir haben so viel geredet vom ständischen Aufbau“, sagte spöttischerweise am 12. Februar 1934 auf der Reichstagung der nationalsozialistischen Mittelstandsorganisation NS-Hago. „Was ist nicht alles darüber geschrieben und gemacht worden. Kommissionen haben zusammengesessen und Zeichnungen sind angefertigt worden mit rot und blau und gelb und grün und allem Möglichen. Es war fabelhaft! Wir haben zusammengesessen und beschlossen, die einen gehörten dahin, die Toilettenfrauen, die Hebammen usw. dorthin. Wir teilten sie genau auf. . . Sie raufte sich um die einzelnen Menschen, der wollte die, der diese haben; jetzt aber möglichst rasch; rasch muß das gehen! Wenn es danach gegangen wäre, wie wir es damals im Juni und Juli und August wollten, wir hätten einen derartigen Interessenshaufen zusammenbekommen, wie ihn Deutschland noch niemals gehabt hätte.“

Der Kampf um die Hebamme tobt noch immer, der Ständestaat kann, so lange dieser Kampf nicht entschieden ist, nicht errichtet werden. Dafür hat Deutschland aber einen Interessenshaufen von Schmarozkern zu füttern, wie es ihn selbst im Kaiserreich nicht gehabt hat.

Die deutsche Reichsbahn im Jahre 1933

Kürzlich hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft ihren vorläufigen Jahresbericht für das Jahr 1933 herausgegeben, der trotz aller verhüllenden und schönfärberischen Redensarten ein betrübendes Bild über das wirtschaftliche Leben in Deutschland gibt. Nach dem Bericht wird finanziell voraussichtlich das gleiche Ergebnis wie 1932 erzielt; die Betriebsleistungen sind zwar höher, aber die Einnahmementwicklung hat damit nicht Schritt gehalten.

Die Gesamteinnahmen liegen um 46 Prozent unter den Einnahmen von 1929, welches Jahr mit 5534 Millionen Mark den Höchststand erreichte, und betragen Dreiviertel des Jahres 1931 mit 3849 Millionen Mark. Im Personen- und Gepäckverkehr wurden 1933 voraussichtlich 840 Millionen Mark eingenommen gegenüber 1443 Millionen Mark im Jahre 1928; sie liegen um 41 Prozent niedriger als 1929 und um 7 Prozent niedriger als 1932.

Die sonstigen Einnahmen zeigen ebenfalls ein erhebliches Absinken. Der Güterverkehr war zwar mengenmäßig um 3 Prozent höher als 1932, liegt aber 49 Prozent niedriger als 1929. Für den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bestehen große Schwierigkeiten, da sämtliche Reserven aufgezehrt sind. Durch die Reichsregierung wurde die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm und damit zu einer Personalvermehrung gezwungen, so daß die Personalausgaben 70 Prozent der Gesamtausgaben erreichten. Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 280 Millionen Mark wurde erweitert auf 336 Millionen Mark. Durch ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm stieg die Summe auf 560 Millionen Mark und wurde dann weiter erhöht auf 625 Millionen Mark. Alles in allem genommen hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Jahre 1933 die Summe von 1,4 Milliarden Mark für derartige Zwecke verbraucht und dieselbe Summe für 1934 vorgesehen.

Und wie erfolgte die Finanzierung dieser kolossalen Beträge?

Man lese die eigenen Worte des Berichtes: „Diese zusätzlichen Arbeitsbeschaffungen konnten nicht durch Aufnahme einer langfristigen Anleihe finanziert werden, weil der Kapitalmarkt das zur Zeit nicht zuläßt. Daher mußte eine umfangreiche und kostspielige Finanzierung über Wechsel vorgenommen werden. Die Reichsbahn arbeitet dabei in enger Fühlung mit der Reichsbank und der Reichsregierung, die beide ihre weitgehende Unterstützung zugesagt haben.“ In jedem ordentlichen Staat würden solche Dinge als Wechselzettelerei bezeichnet und die Verantwortlichen ins Zuchthaus gesperrt werden, aber im heutigen Deutschland . . .

Die Ausgaben der Betriebsrechnung schließen mit 3000 Millionen Mark ab, die Gewinn- und Verlustrechnung wird mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen, obwohl nach dem noch immer nicht ratifizierten Lausanner Abkommen die 660 Millionen Mark Reparationssteuer weggefallen sind und die Reichsbahn auf Grund besonderer Abrede lediglich einen Beitrag von 70 Millionen Mark an das Reich zu leisten hat.

„Die Reichsbahn wird ihre ganze Sorge darauf richten müssen, wenigstens einen buchmäßigen Rechnungsausgleich für 1933 zu finden.“

so heißt es wörtlich in dem Bericht.

Ueber den Gesamtpersonenverkehr, der gegenüber 1932 noch zurückgegangen ist, sagt der Bericht: „Die Ergebnisse zeigen, daß die im Laufe des Jahres auf allen Gebieten der Wirtschaft sich anbahnende Besserung der Lage sich im Personenverkehr der Reichsbahn noch nicht ausgewirkt hat. Der Reiseverkehr litt auch weiter unter der wirtschaftlichen Not des einzelnen. Der Berufs- und Arbeiterverkehr auf Zeitkarten blieb schwach. Im Verkehr vom Ausland machte sich die Boykottbewegung gegen Deutschland nachteilig bemerkbar. Schließlich dürften Reisen nach dem Ausland infolge der Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Devisen unterblieben sein.“

Ueber die Personenzahl teilt der Bericht mit, daß die Zahl der Beamten um 16 500 gefallen sei, während die Arbeiterzahl infolge der von der Reichsregierung veranlaßten „Durchhaltung“ der Zeitarbeiter und Neueinstellung von Werkstättenarbeitern gestiegen ist.

Die Verminderung der Beamtenzahl wurde dadurch herbeigeführt, daß jede freiwerdende dritte Beamtenstelle nicht wieder besetzt wurde; dafür werden jetzt noch mehr als früher Arbeiter zum Beamtendienst herangezogen. Die „Durchhaltung“ der Zeitarbeiter und die Neueinstellung von Werkstättenarbeitern wurde dadurch zum größten Teil ausgleichend, daß Tausende von leistungsfähigen, zum Teil jahrelang bei der Reichsbahn tätige Arbeiter als „Marxisten“ und „staatsfeindlich“ auf das Straßenpflaster geworfen wurden.

„Den Juden geschieht nichts!“

Vernichtung der Existenz

Die „Gubener Zeitung“ vom 13. Februar berichtete über eine Betriebsversammlung der Hutfabrik Steinke, die sich u. a. damit beschäftigte, daß infolge des starken Anschwellens der uniformierten Verbände die Hutfabriken große Absatzmöglichkeiten verlieren. Um hier vorzubeugen, fuhr eine Abordnung der Hut-Industrie unter Führung des Oberbürgermeisters von Guben zur Reichzeugmeisterei nach München, um für die Betriebe die Genehmigung zur Herstellung von Uniform-Kopfbedeckungen zu erlangen. Das Verlangen wurde abschlägig beschieden. Die Genehmigung wird unter keinen Umständen erteilt, wenn in dem betreffenden Betriebe jüdisches Kapital arbeitet. Auch die Genehmigung zur Herstellung von Arbeitsdienst-Mützen wurde kürzlich vom Arbeitsministerium an die Bedingung geknüpft, daß die jüdische Betriebe sich bis zum 15. März gleichgeschaltet haben, d. h. in arische Hände übergegangen sind.

Der Oberzeugmeister legte u. a. dar, daß die Reichzeugmeisterei nie und nimmer eine Genehmigung zur Herstellung von Parteidienstkleidung an Firmen erteilen werde, die in jüdischen Händen seien oder die abhängig seien von jüdi-

schem Kapital. Es sei ein Irrtum, wenn jüdische Kapitalisten und Geldgeber glaubten, die Arierfrage würde von der NSDAP, wieder beseitigt oder nicht ernst genommen. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten fordern für den deutschen Arbeiter die deutsche Führung, und diese sei nur möglich, wenn die Fabriken unabhängig von jüdischem Kapital gemacht würden. Es könne auf die Dauer nicht geduldet werden, daß der hochwertige deutsche Arbeiter zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verdammt werde, weil die Fabriken sich in jüdischem Besitze befänden. Es sei Pflicht der NSDAP, als Träger des Staatsgedankens, hier eine Lösung zu finden. Es wären auch bereits Verhandlungen aufgenommen, um die Fabriken, die heute noch von jüdischem Kapital beherrscht würden, in deutsche Hände überzuführen.

An dem Worten des Reichzeugmeisters geht hervor, daß an eine Ausmerzungen der Juden aus der deutschen Industrie hingearbeitet wird.

Interessant ist noch ein Satz über die Fahrzeugbeschaffung. In dem Bericht heißt es, daß im Jahre 1933 durchschnittlich 3100 Lokomotiven überzählig waren; wieviele Personen- und Güterwagen ohne Beschäftigung auf den Bahnhöfen standen, wird vorsichtigerweise gar nicht angegeben.

Dann aber heißt es: „Obwohl der Bestand der Deutschen Reichsbahn an Lokomotiven und Wagen den Bedarf beträchtlich übersteigt, also ein erheblicher Ueberbestand vorhanden ist, hat sich die Reichsbahn doch veranlaßt gesehen, um die Bestrebungen der Reichsregierung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nach Kräften zu unterstützen, ein umfangreiches Fahrzeugprogramm für 1934 aufzustellen. Dieses enthält vor allem auch eine größere Anzahl von Triebwagen und einen weiteren größeren Betrag für die Beschaffung von Lastkraftwagen. Bisher wurden auf Grund dieses Programms bestellt bzw. die Beschaffung eingeleitet von:

- 159 Dampflokomotiven,
- 9 elektrischen Lokomotiven,
- 555 Kleinlokomotiven,
- 370 Trieb-, Steuer- und Beiwagen,
- 419 Personenwagen,
- 183 Gepäckwagen,
- 1982 Güterwagen,
- 147 Bahndienstwagen und
- 2 Schiffen.

Der Wert der Fahrzeuglieferungen, der im Jahre 1933 bezahlt worden ist, stellt sich auf etwa 105 Millionen Mark gegenüber rund 70 Millionen Mark im Vorjahre. Im Jahre 1933 werden für Fahrzeugbeschaffungen voraussichtlich 113,5 Millionen Mark ausgegeben werden.“

Kein vernünftiger Mensch wird etwas gegen Neubeschaffungen von Fahrzeugen in einem Betriebe wie die Deutsche Reichsbahn einzuwenden haben, aber wenn man sich vor Augen hält, daß nach dem eigenen Bericht der Hauptverwaltung 3000 betriebsfähige Lokomotiven und hunderttausende von Personen- und Güterwagen zwecklos auf den Gleisen stehen, dann kann man die Neubeschaffung von Fahrzeugen in einem solchen Umfange wie hier doch nur als zwecklose Ausgabe und Verschleuderung bezeichnen.

Und dies geschieht, damit die glorreiche Regierung mit „Arbeitsbeschaffung“ und „gesunkenen Arbeitslosenzahlen“ der Welt glaubt etwas weismachen zu können.

Wenn dann aber noch Leute, wie der jetzige Präsident der Reichsbahndirektion Köln, Herr Remy, glauben sagen zu können, daß bei einem Vermögen der Reichsbahn von 46 Milliarden die Belastung von 3 bis 4 Milliarden Mark noch zu gering sei und man ruhig noch einige Milliarden dazunehmen könne, dann kann man nur bedauern, daß im heutigen Deutschland solche Leute den Posten eines Reichsbahndirektionspräsidenten einnehmen. Als nach dem Ruhrkampf im Dawes-Plan der Besitz der Reichsbahn mit 26 Milliarden festgesetzt und mit kaum einer halben Milliarde aus dem jährlichen Reinertrag zu deckenden Abgabe belegt wurde, da sprachen dieselben Leute, die heute das Maul so voll haben, von einer unerträglichen Belastung und bezeichneten jeden, der für den Dawesplan und später für den Youngplan eintrat, als Vaterlandsverräter. Heute aber können solche Ansichten, wie die des Herrn Remy, ungestrast geäußert werden und solche Leute können hohe, verantwortliche Posten bekleiden, anstatt öffentlich gestraft zu werden. Es ändern sich eben nicht nur die Zeiten, sondern leider auch die Menschen.

Zu erwähnen ist noch, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft das Grundkapital für die Reichsautobahnen in Höhe von 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und 14 Oberste Bauleitungen für den Bau der Reichsautobahnen eingerichtet hat.

Es ist also zu verzeichnen, daß für Dinge, die aus rein politischen Gründen ohne nennenswerte wirtschaftliche Unterlagen geplant sind, das notwendige Geld aufgetrieben wird — ganz gleich, ob Aussicht besteht, daß dieses Geld in absehbarer Zeit irgendwelche Erträge abwirft. Die verantwortlichen Männer der Deutschen Reichsbahngesellschaft aber sitzen in Berlin in der Voßstraße, stützen den Kopf in die Hände und tragen ihren ehrlichen Namen zu Markte.

Es sei ein Irrtum, wenn jüdische Kapitalisten und Geldgeber glaubten, die Arierfrage würde von der NSDAP, wieder beseitigt oder nicht ernst genommen. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten fordern für den deutschen Arbeiter die deutsche Führung, und diese sei nur möglich, wenn die Fabriken unabhängig von jüdischem Kapital gemacht würden. Es könne auf die Dauer nicht geduldet werden, daß der hochwertige deutsche Arbeiter zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verdammt werde, weil die Fabriken sich in jüdischem Besitze befänden. Es sei Pflicht der NSDAP, als Träger des Staatsgedankens, hier eine Lösung zu finden. Es wären auch bereits Verhandlungen aufgenommen, um die Fabriken, die heute noch von jüdischem Kapital beherrscht würden, in deutsche Hände überzuführen.

Aus den Worten des Reichzeugmeisters geht hervor, daß an eine Ausmerzungen der Juden aus der deutschen Industrie hingearbeitet wird.

12 000 Berliner Juden als arbeitslos registriert

Bei den Arbeitsnachweisen der Berliner Jüdischen Gemeinde sind 12 000 Personen als arbeitslos registriert. Diese Zahl erhöht sich um diejenigen, die sich auf den Arbeitsnachweisen nicht gemeldet haben.

Noch immer wird geprügelt . . .

Und sterben Gefolterte

Hamburg, 26. Febr. (Zusatz): Der Hamburger Arbeiterfunktionär Edgar Andre, der vor einem halben Jahr verhaftet und im Gebäude der Hamburger Gestapo eingekerkert wurde, ist bei furchtbaren Mißhandlungen unter den Händen seiner Peiniger gestorben. Andre, dem man Adressen von politischen Mitarbeitern abpressen wollte, ist da er handhaft blieb, wochenlang Tag und Nacht mit Schensiemern, Reitschellen und Gassenlaternen geprügelt worden. Ein durch Zufall freigelassener schildert den körperlichen Zustand des Gefangenen mit folgenden Worten: „Der Rücken war lohlschwarz, die Nieren waren dick geschwollen, an den Armen hing die Haut in Fetzen herunter, am Kopf befand sich eine Narbe neben der anderen.“

John Scheer

Paris, 26. Febr. (Zusatz): Das Internationale Befreiungskomitee erhält folgenden Bericht aus Deutschland:

Es ist nicht wahr, daß John Scheer auf der Flucht erschossen worden ist. Scheer war körperlich überhaupt nicht mehr in der Lage, einen Fluchtversuch zu machen. Von Mitgefangenen erfahren wir, daß seine Handgelenke durch Fesseln, die er ununterbrochen tragen mußte, und die zu eng waren, dick angeschwollen waren; Rücken und Brust hatten keine Haut mehr, sondern bestanden aus einer blutigen Fleischmasse. Die Haut der Schenkel, des Gesäßes und der Nierenpartien war dadurch, daß man Scheer mit Gewalt an einen glühenden Ofen im Keller der Gestapo gepreßt hatte, verbrannt. Einen Teil seiner dichten Haare hatte man ausgerissen. Jedes Wort zu der Nazibehauptung, daß Scheer einen Fluchtversuch unternommen habe, ist auf Grund dieser Tatsachen überflüssig. Sie erklären aber gleichzeitig auch, warum die Hitlerregierung jede Obduktion der Leiche verweigerte und selbst die engsten Angehörigen an der Teilnahme der in aller Heimlichkeit erfolgten Beerdigung hinderte, um jede Möglichkeit anzuschalten, daß sie den Ermordeten noch einmal sehen könnten.

Korruption oder Nazi-Demagogie?

Verfahren gegen bayerischen Minister

Regensburg, 26. Febr. Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat gegen den ehemaligen bayerischen Landwirtschaftsminister Wuhlhofer einen Haftbefehl erlassen. Es werden ihm Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz und auch Betrügereien zur Last gelegt. Wie die Blätter melden, soll Wuhlhofer schuldig sein und sich in England aufhalten. Die Beschuldigungen gehen dahin, daß der frühere Minister sich infolge Spekulationen Betrügereien habe zuschulden kommen lassen, die sich auf 500 000 Mark belaufen. Wegen Wuhlhofer, der als Vertreter des Bayerischen Bauernbundes der bayerischen Regierung von März 1920 bis Ende 1924 angehörte und der dann in das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zurückkehrte, sind schon im Jahre 1931 bei dem Konkurs der von ihm und von seinem Sohn geleiteten Straubinger Genossenschaft schwere Vorwürfe erhoben worden. Man warf ihm schon damals unzulässige Privatschäfte und verbotene Transaktionen zum Schaden der Genossenschaft vor. Auch damals wurden die Schädigungen der Genossenschaft auf über eine halbe Million beziffert. Es handelt sich jetzt wohl um die Verfolgung dieser selben Angelegenheit durch die Staatsanwaltschaft.

Triumph des Parteibuchbeamtenfums

Der ärztliche Oberbürgermeister

Laute Bekanntmachung des Bürgermeisteramtes Pirmasens wurde der praktische Arzt Dr. Rudolf Ramm zum ersten Bürgermeister der Stadt Pirmasens gewählt. Der langjährige Oberbürgermeister Geheimrat Strobel soll angeblich aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten sein. Das ist natürlich Schwindel. Strobel mußte sich bei der Machtübernahme der Nazi damals verpflichten, innerhalb eines Jahres zurückzutreten und einem Parteibuchbeamten Platz zu machen.

Im alten „System“ wurde eine juristische Vorbildung zur Hauptanfrage für die Wahl zum ersten Bürgermeister einer Stadt gemacht. Wer infolge seiner praktischen Befähigung und auf Grund des Vertrauens der Bürgerschaft zu einem solchen Posten gewählt war, aber die juristische Vorbildung nicht aufweisen konnte, wurde von den Nazis in der schiefesten Weise als Parteibuchbeamter beschimpft.

Dr. Ramm ist heute 1. Bürgermeister einer Stadt von 50 000 Einwohnern und hat nicht nur keine juristische Vorbildung, er hat auch während seiner Stadtratstätigkeit bewiesen, daß ihm jede Befähigung für einen solchen Posten fehlt. Also ein typischer Parteibuchbeamter.

Aufbruch zur Futterkrippe

Ein Schulbeispiel nationalsozialistischer Korruption

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: „Hervorragende Verdienste ihrer Beamten und Arbeiter um die nationale Erhebung will die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft durch Förderung im Dienstverhältnis anerkennen. Eine solche Förderung sollen diejenigen erhalten, die vor dem 31. Januar 1933 als Angehörige der SA und SS und des Stahlhelms oder als Amtswalter der politischen Organisationen der NSDAP durch Tat und Wort besonders für die nationale Erhebung eingetreten sind und die Gewähr bieten, daß sie auch weiterhin vorbildlich und erzieherisch im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung wirken werden.“

Wir schlagen vor: Für jede schwere Körperverletzung im Dienst der „nationalen Erhebung“ gewähre man fünfzig Prozent, und für jeden einwandfrei nachweisbaren Fremdenmord an „marxistischen Unternehmern“ 80 Prozent Gehaltszuschlag! Das Ganze heiße: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Ehescheidung wegen Rassenverschiedenheit

Das Wiener Oberlandesgericht hat zum erstenmal ein Urteil gefällt, durch das Rassenverschiedenheit als Scheidungsgrund anerkannt wird. Die Vorinstanz hatte der Klage eines katholischen Arbeiters stattgegeben, der die Trennung seiner im Jahre 1928 mit einer Jüdin geschlossenen Ehe aus Gründen der Rassenverschiedenheit verlangt hatte. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, Verschiedenheit der Rasse wirke sich auf das Familienleben ungünstig aus.

Oranienburg



Aus dem „Notenkraker“, Amsterdam

„Wie die Verrückten schlugen sie auf uns los“ (Gerhart Seger)

„Oranienburg“

Dieser Städtename wird in die Geschichte eingehen als der Inbegriff des Grauens und des tierhaften Menschentums. Oranienburg — Dagon — et tunc quanti — wird man mit der heranwachsenden Jugend nahe bringen, als die große, niemals anzutreffende Schande, in die Deutschland während seiner Hitlerbarbarei verfallen war.

Alles was man persönlich erlebt haben mag, hebt zurück vor der Schilderung, die Gerhart Seger mit minutiöser Genauigkeit in seinem im Graphia-Verlag Karlsbad erschienenen Werkchen „Oranienburg“ niedergelegt hat. Dieser ehemalige Reichstagsabgeordnete hat alle wesentlichen Geschehnisse im Verlauf von sieben Monaten, die sich in Oranienburg abspielten, nach einer tollkühnen Flucht, in diesem Buche der Öffentlichkeit unterbreitet.

Man fühlt sich beim Lesen in das dunkelste Mittelalter versetzt und mehr als einmal muß man sich fragen, wie es möglich war und noch ist, daß Wesen, die sich Menschen nennen, andere Menschen mit solcher Härte von Qual und tierhaftem Sadismus überschütten können.

Seger hat fast leidenschaftlos, aber in seinem einfachen, nahten Bericht, um so furchtbarer in der Wirkung, der Welt ein Dokument geschenkt, das seinesgleichen sucht.

Wer das Hitlerdeutschland und was von ihm erwartet werden kann, kennen lernen will, der lese diese sachliche Darstellung Gerhart Segers. Es wäre wünschenswert, wenn alle Parlamentarier, alle Politiker, alle Diplomaten in einer stillen Stunde den Mut fänden, dieses Dokument über das wahre Deutschland zu lesen.

Aber auch jeder Bürger sollte sich in dieses Tatsachenmaterial vertiefen, um zu begreifen, wie unermeßlich tief

Im Januar!

3 Todesurteile, 447 Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafen

Unermüßlich produziert die Justizmaschine im Hitler-Deutschland eine unabsehbare Reihe härtester Urteile gegen Antifaschisten. Der Justizapparat als willfähriger Helfer gegen die immer unzufriedener werdenden Massen arbeitet präzise, rasch und befehlsgeliebt. Schloß der Monat Dezember mit einer Bilanz von 476 Jahren Zuchthaus und 117 Jahren Gefängnis für politische Vergehen ab, so steht der erste Monat im neuen Jahr nicht dahinter zurück.

Viermal in einem Monat rief man den Henker: Van der Lubbe wird für immer zum Schweigen gebracht; drei Arbeiter, vor wenigen Wochen erst verurteilt, werden hingerichtet.

Gleichzeitig ergehen drei neue Todesurteile und zwei frühere Verurteilungen zur Todesstrafe werden bestätigt, die Rechtsmittel der Verurteilten verfallen. So werden „legal“ die politischen Gegner beseitigt. Aber vergessen wir nicht in dieser grauenhaften Statistik des Monats Januar die niederträchtige Ermordung der vier antifaschistischen Führer Scheer, Steinfurth, Schwarz und Schönbaat, die unter dem Vorwand, daß man sie in Potsdam verhören wolle (!), an einer einsamen Stelle in der Umrandung Berlins planmäßig „auf der Flucht“ erschossen wurden.

Nach der noch unvollständigen Statistik der „Notenliste Deutschland“ (vieler Urteile werden nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben), sind im Monat Januar 128 Antifaschisten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Einer von ihnen zu lebenslänglichem Zuchthaus, die anderen zu insgesamt 477

Gefängnis für Denunzianten

Vor dem Altenburger Schöffengericht waren ein Handlungsgehilfe und eine geschiedene Frau angeklagt. Die beiden hatten dem Oberbürgermeister der Stadt Material über die frühere politische Betätigung eines angesehenen hiesigen Beamten übergeben. Veranlaßt war der Denunz, diesen Beamten aus dem Dienst zu entlassen. Bei der Verhandlung stellte es sich heraus, daß alle Angaben falsch waren. Das Gericht verurteilte den Verleumder zu vier Monaten, die Frau zu sechs Wochen Gefängnis.

Brief aus Singen a. Hohentwiel

Herrliche Zeiten im „dritten Reich“ für den Arbeiter angebrochen. Der große parteiamtliche Vorteil preßt aus den armen Teufeln heraus, was nur herauszupressen ist. Natürlich geschieht das alles freiwillig. Die vielen „freiwilligen Spenden“ sind keine Abzüge oder gar Steuern. Das bedauern nur die Marxisten. So wäre es auch eine Gemeinnützige, wenn jemand behaupten wollte, der Lohn sei abgebaut worden. In einem Großbetrieb in Singen am Hohentwiel hat man den Arbeitern nicht etwa 6,5 Prozent Lohn abgebaut, man hat lediglich dem Unternehmer erlaubt, „zugunsten der Arbeiter“ 6,5 Prozent weniger zu verrechnen. Das ist nach nationalsozialistischer Auffassung kein Abzug. Dem Betriebsvertrauensmann ist anscheinend der Mut zur Verteidigung

der Sturz eines Volkes sein kann, das sich im Verzweiflungstaukel dem kulturwidrigen Faschismus anleiert.

Dieses Buch „Oranienburg“ bedeutet für alle Demokratien ein „Memento“ vor diesem Rattenkäfig eines verwundeten Kapitalismus, dem menschenhändenden Faschismus.

„Anti-Braunbuch“

Von einem sadistischen Verbrecher geschrieben

DA, Berlin, 26. Febr. Wie wir einer Ankündigung des Verlages „Buch- und Zeitdruck-Gesellschaft m. b. H.“ entnehmen, wird in den nächsten Tagen in diesem Verlage das „Anti-Braunbuch“ über das erste Konzentrationslager unter dem Titel „Konzentrationslager Oranienburg“ erscheinen. Der Verfasser dieser Aufklärungsschrift ist SA-Sturmabteilungsführer Schäfer, der Lagerkommandant von Oranienburg. SA-Gruppenführer Ernst hat zu diesem Buch ein Vorwort geschrieben.

Der Lagerkommandant Schäfer, der Verantwortliche für zahllose Missetaten in Oranienburg, ist ein verflumpter Verbrecher, und es kennzeichnet das ganze braune System, daß er beauftragt worden ist, ein „Anti-Braunbuch“ zu schreiben. Die Wahrheit über Oranienburg steht in dem Buche des früheren Reichstagsabgeordneten Seger, der diesen Braunschäfer als wehrloser Gefangener erlebt hat.

Was sollen da überhaupt noch Abfertigungen? Das Schicksal der erst in Kesseln gelegten und nun noch dem Freitod nicht freigelassenen Dimitroff und Torgler offenbart der ganzen Welt, welche Verbrecherbanden in Deutschland am Werke sind.

Jahren Gefängnis und Zuchthaus. So gehört es zu den Mitteln des politischen Terrors im heutigen Deutschland, pro Tag durchschnittlich 15 Jahre Freiheitentzug durch die ordentlichen Gerichte auszusprechen zu lassen.

Nach aber zeigt sich die nationalsozialistische Raschheit nicht befriedigt. Entrüstung und blutigeres Toben ging durch die deutsche Presse, als der Moskowi-Prozess mit einem zu „milden“ Urteil endete. (Bekanntlich wurden bei einem völlig unangefangenen Tatbestand 33 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Gefängnisstrafe verhängt.) Und schon kündigt das Gericht willfährig an, daß der Prozess noch einmal aufgerollt wird. Es besteht größte Gefahr für die Angeklagten. Sollte sich bisher selbst das faschistische Gericht angewagt, den belästigten Kundigen offensibarer Provokateure Glauben zu schenken, so wird es sich bei der neuerlichen Verhandlung unter dem verhärteten Druck von Regierung und Presse über seine Verdanken hinwegsetzen. Gewiß wird hier ein Racheurteil vorbereitet, ein Fehlurteil, das alles in Schatten stellen wird, was die faschistische Justiz bisher schon „erleistet“ hat.

Die Angeklagten im Moskowi-Prozess schweben in Todesgefahr!

44 zum Tode verurteilte Antifaschisten sitzen in ihren Todeszellen, jeden Augenblick den Henker erwartend.

Eine Untbahn ist der Weg der faschistischen Gerichtbarkeit. — Der Weltöffentlichkeit darf das nicht vorenthalten bleiben, — die Weltöffentlichkeit muß die Stimme des Protestes gegen den Blutterror im Hitler-Deutschland erheben.

der Arbeiterrechte in seine hohen Stiefeln gerührt. Hatte sich im zweiten Reich ein Vertrauensmann der Arbeiterschaft in gleicher Weise benommen wie er, hätten gerade die Kreise, die ihm heute den Mund verbinden, „Vollverräter“ und „Arbeiterverräter“ geheißen. Es scheint überhaupt, als ob eine riesige Begriffsverwirrung in unserer Volkssee immer stärker um sich greift. Was vor einem Jahre „Arbeiterverrat“ und „Vollverrat“ genannt wurde, ist heute „Dienst an der Volksgemeinschaft“.

Die sich übrigens die herrlichen Zeiten auswirken und wie der „Wohlfahrt“ der Arbeiterklasse beschaffen ist, darüber gibt eine Notiz der NS. „Bodensee-Rundschau“, Konstanz, Nr. 33 vom 10. Februar 1934 Aufschluß. Es befindet sich da unter dem amtlichen Vortitel folgende Notiz:

Eine herrliche Bitte!

Für ein armes Ehepaar wird eine Bettstelle mit Kopf gesucht. Ein Deckbett und zwei Kopfkissen.

Für etwas entbahren kann, wird herzlich gebeten, seine Adresse dem Winterhilfswerk Engen bekannt zu geben, damit es abgeholt werden kann. Ein armes Ehepaar wartet darauf und sagt schon zum voraus dem edlen Wohlwäter ein herzlich „Vergelt's Gott!“

SA-Volksmobilfabrik und Winterhilfswerk Kreisleitung Engen.

Wir haben es wirklich schon herrlich weit gebracht.

Ein Arbeiter.

Erlebnis zwischen Bildern

Als die österreichische Tragödie ansetzte, hockte ich, durch Zufall verschlagen, in einer fremden Stadt. Der Freund, den ich hatte antreffen wollen, war durch widrige Umstände anderswo festgehalten worden; ich mußte warten, zwei Tage oder drei. Es ist niemals angenehm, sinnlos unter Fremden seine Zeit verstreichen zu lassen, aber diesmal wurde es zur Marter.

Ich habe einmal achtundvierzig Stunden hindurch am Sterbebette des mir liebsten Menschen gesessen. Ich sah ihn während einer unendlichen Zeitdauer unter Schmerzen dahinschwimmen. Nichts aber war für mich so qualvoll wie das Gefühl der völligen Ohnmacht, mit der ich dem Leiden dieses Menschen gegenüberstand, dem alle meine Liebe nicht eine Sekunde seines Todeskampfes ersparen konnte.

Das gleiche Gefühl überfiel mich jetzt, als ich die Depeschen aus Oesterreich las. Dies entsetzliche Nichtthunkönnen, wenn Freunde mit dem Tode ringen. Dieses marternde Sehen-Müssen und nichts, gar nichts Tun-Können! Dazu noch in der ganzen Stadt ein Mensch, dem ich mein Gefühl hätte offenbaren, in den ich mein bedrängtes Herz hätte ausgießen können.

Ich irrte lange Zeit durch die Straßen. Dann trieb mich ein Entschluß an eine Stätte, wie sie mir schon manchmal Sammlung und innere Ruhe verschafft hatte: In der Stadt befand sich eine sehr schöne Galerie alter Meister.

Ueber die Frage, ob ein moderner Mensch die Werke der Quattrocentisten und Quinquecentisten mit wirklicher Andacht genießen kann, habe ich in meiner Jugend oft und leidenschaftlich diskutiert. Ich erinnere mich, daß ich als Leiter eines Arbeiterkurses auf Widerstand bei meinen Hörern stieß, als ich einen gemeinschaftlichen Besuch der örtlichen, sehr bedeutenden Gemäldegalerie anregte: gerade die Aufgewecktesten unter den Kurssteilnehmern erklärten, daß ihnen die ewigen Heiligenbilder und biblischen Stoffe, die man allein in den alten Gallerien zu sehen bekäme, den Genuß verkelten.

Damals setzte ich in sehr durchdachten Ausführungen auseinander, daß das Wesen der Malerei in der Darstellung, nicht im dargestellten Gegenstand beruhe. Ich wies überdies darauf hin, wie die Frömmigkeit der alten Meister oft nur eine Konvention, ein kaum verhüllter Vorwand gewesen sei: wenn ein Breughel z. B. die Schöpfung zu Bethlehem darstelle, so male er mit urwüchsigem Realismus das lustige Bild eines Jahrmarktes seiner Zeit, der reinsten Holland von 1500 sei, auch wenn zehnmal „Bethlehem“ darunter stehe. Adam und Eva, der heilige Sebastian, und manch anderer männlicher und weiblicher Märtyrer seien nur um deswillen so häufig zum Gegenstand von Bildern gemacht worden, weil die kirchliche Prüderie hier dem Maler die Darstellung des nackten menschlichen Körpers zugestehen mußte. Im übrigen aber, so betonte ich immer wieder, sei der Art der Malerei das Entscheidende. Eine Grablegung Botticellis und eine Grablegung Rembrandts seien zwei Vorgänge in zwei verschiedenen Welten, auch wenn sie sich zehnmal auf das gleiche Ereignis bezögen.

Julius Meier-Gräfe hätte damals seine Freude an mir gehabt, ob ich meine Schüler überzeugen konnte weiß ich nicht. Ich weiß nur eins: daß ich jetzt gegen alle meine Theorien fassungslos inmitten einer Gemäldegalerie stand, gepackt und aufgewühlt durch die Gegenstände, die ich dargestellt sah. Niemals, niemals in meinem Dasein waren die Bilder

der alten Meister mir so gegenwartsnah gewesen wie an jenem Tag der Trauer über die österreichischen Brüder.

Alle diese Bilder behandelten nur ein Thema, alle erzählten sie vom gleichen Gegenstand: vom menschlichen Leiden um des Guten willen. Hier brach der Heiland unter dem Kreuz zusammen, dort schwebte er in Gewitterwolken, angenagelt an dem Balken, zwischen den Schüchern. An jener Wand geißelte man ihn, an der andern würfelten Landsknechte um seine Kleider. Dort ein bethlehemitischer Kindermord: eine vertierte Horde entreißt den verzweifelten Müttern ihre Säuglinge, um sie abzuschlachten — man hatte zu des Herodes Zeit noch keine Haubtzen wie Herr Dollfuß, um die Mütter sammt den Kindern über den Haufen zu schießen. Im nächsten Saale: Marterung eines Heiligen: Henkersknechte entreißen mit glühenden Zangen dem nackten Körper Fleischfetzen und werfen sie den Hunden vor. Es ist nicht Geschichte, es ist Gegenwart, man muß zu diesen wilden Gestalten nur eine braune Uniform hinzudenken — und alles paßt auf heute! Ein heiliger Sebastian wird mit Pfeilen gespickt, im Vordergrund spannt einer der Schergen kaltblütig seine Armbrust: so mögen sie auf Fechenbach, auf Eggerstaedt, auf Heilmann geschossen haben!

Erschrocken fast fahre ich zusammen vor der Kreuztragung eines frühen Meisters: da ist um den leidenden Heiland eine ganze Galerie konfiszierter Physiognomien versammelt! Keinen hat er vergessen: Den Heppfaffen, der fanatisch gegen das Opfer geifert, ebensowenig wie den heuchlerisch die Augen verdrehenden Gelehrten, der auch aus dieser Kreuzigung nur folgert, wie human und wahrhaft ritterlich die Obrigkeit verfähre, daß sie solch argen Frevler milde krenzige, statt ihn zu vierteilen. Neben ihm winkt der feiste bürgerliche Rathherr gelassen ab: „Der Mann hats verdient, er bevorzugte die Armen und hat die Wechaler aus dem Tempel getrieben.“ Aber an der Spitze des Zuges, da hat der Meister einen unauslöschlichen Klumpen von vertierten Fragen geballt: da grinst die gemeine Schadenfreude der lieben Nachbarn, da weidet sich die verborgene Lust am Grausamen, da triumphiert die Bosheit, die nur froh ist, wenn ein anderer leidet. Und voran diesem Haufen menschlicher Dreckgesinnung marschiert ein martialischer Kriegshauptmann im Stahlhelm und mit gestäubtem Schnurrbart! — O Meister Hieronymus Bosch, du hast vor mehr als vierhundert Jahren prophetisch erschaut, wie ein Prangeraufzug in Nazi-Deutschland aussehen würde. Jedes deiner Gesichter ist reinste, unverfälschte Gegenwart!

Doch! Die Arbeiter sollten in die Museen gehen. Ihre eigenen Leiden würden ihnen von den Wänden entgegenstrahlen, verkürt durch die Martyrerkrone, die ihnen die Menschlichkeit großer, unvergänglicher Meister aufs Haupt setzt. Diese alten Bilder, sie sprechen einen großen Trost, denn ein jedes verkürt die wehrlosen Opfer und verdammt die viehischen Henker. Etwas von den Versen Lenans strahlt aus diesen Bildern:

Und müssen wir vor Tag zu Asche sinken
mit heißen Wünschen, unvergoltene Qualen,
so wird doch in der Freiheit goldenen Strahlen
Erinnerung an uns als Träne blinken.

Ich verließ das Museum nicht getröstet, nicht versöhnt, aber reicher um ein Erlebnis, um das unkünstlerischste und doch das Erschütterndste, das jemals die Werke alter Meister mir übermittelt haben. Alexander.

Die Arbeiter von Wien

Dieses Lied ist in den letzten Jahren immer mehr zum offiziellen Lied der österreichischen Sozialisten geworden. Mit seinen Klängen sind die Protestversammlungen gegen die Morde der Standgerichte in aller Welt eröffnet worden.

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
Wir sind der Sämann, die Saat und das Feld,
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd,
Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat.
So flieg, du flammende, du rote Fahne,
voraus den Wegen, die wir ziehn.
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Herrn der Fabriken, ihr Herren der Welt,
endlich wird eure Herrschaft gefallt,
Wir, die Armee, die die Zukunft erschafft,
sprengen die Fesseln der engenden Haft.
So flieg, du flammende, du rote Fahne,
voraus den Wegen, die wir ziehn.
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Wenn uns die Lüge auch schmähend umkreist,
Alles besiegend erhebt sich der Geist,
Kerker und Eisen verlieren die Macht,
Wenn wir uns ordnen zur letzten Schlacht.
So flieg, du flammende, du rote Fahne,
voraus den Wegen, die wir ziehn.
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Frig Brügel.

Zwei Tote

Ossip Schubin

Fast achtzig Jahre alt ist die Romanschriftstellerin Ossip Schubin (Aloisia Kirchner) gestern in Prag gestorben. Die Erzählungen dieser resolut damenhaften Schriftstellerin — ihr Lebenswerk war formal einwandfreie, weltanschaulich aufgemachte Unterhaltungsliteratur — hatten einst in der bürgerlichen Lesewelt Ruf und Ruhm. Es gab eine Zeit, da man ihre Schriften als revolutionär empfand. — Die Zeit ist vorbei. Ossip Schubin hat sich in damenhafter Emanzipation und frauenhafter Anpassung schriftstellerische Mittelwege zu den verschiedenen Weltanschauungen gebahnt und ihre vielseitigen, nun fast vergessenen Erfolge schließlich mit Interessellosigkeit an ihren Schöpfungen bezahlen müssen. Die Schriftstellerin Ossip Schubin hatte Format, Rang und Bedeutung für ihre Zeit.

Fedor von Zobeltin

In Berlin ist am Samstag der Schriftsteller Fedor v. Zobeltin im Alter von 75 Jahren an Herzschwäche gestorben. Fedor v. Zobeltin war im wilhelminischen Deutschland ein vielgelesener Autor, er verstand es mit handwerklicher Geschicklichkeit, Romane aus der Welt der deutschen Offiziere und Junker anzufertigen. Mit der Zeit, in der er seine Erfolge errang und der er diente, ist er versunken; sein Publikum hat ihn bald vergessen und der übrigen Leserwelt hat er ja nie etwas zu sagen gehabt.

Persönlich war der alte Herr mit dem jovialen Gesicht in jeder Hinsicht honorig. Zuletzt gehörte seine ganze Liebe dem Sammeln kostbarer Bücher und literarischer Kuriosen. Die allgemeine Gleichgültigkeit hat er nur äußerst widerwillig mitgemacht. Der alte Offizier hatte keine Liebe zur Subordination und zum Kommiss.

Nur Soldaten dürfen studieren

Der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, Dr. Stäbel, erklärte anläßlich eines „Generalappells“ der Studentenschaft der beiden hannoverschen Hochschulen, daß die Erziehung des jungen deutschen Studenten nur in der SA. und dem Arbeitsdienst erfolgen können. Man werde jeden, der sich dort nicht bewähre, vom Hochschulstudium ausschließen. Nur zwei Zeugnisse würden künftig Geltung haben: das gute Dienstzeugnis der SA. und das Zeugnis über das gut bestandene Examen.

Zeit-Notizen

Kluge Köpfe unerwünscht

Der Reichsstatthalter von Sachsen, Fabrikant Mutschmann, erklärte bei einem Appell der politischen Leiter und Amtswalter der NSDAP. des Kreises Mittweida, man müsse nicht nur allen Gerüchtemachern und den ewig Unzufriedenen entgegenzutreten, sondern auch denen, die jetzt der Bewegung ihre „klugen Köpfe“ zur Verfügung stellen wollten, müsse man zurufen: „Hinten antreten.“

Braun, nicht schwarz

In Berlin gingen in diesen Tagen Gerüchte um, nach denen für die Hitlerjugend (14 bis 18 Jahre) die schwarze Hose eingeführt werden soll. Die Gebietsführung Berlin tritt nunmehr in einer öffentlichen Verlautbarung diesem Gerücht energisch entgegen. Die vorschriftsmäßige Hose der Hitlerjugend bleibt laut PPD. nach wie vor braun.

Antreten zum Rasekursus!

Die Staatsmedizinische Akademie in Berlin-Charlottenburg veranstaltete auf Veranlassung des preußischen Justizministers vom 12. bis 14. Februar im Hörsaal des Harnack-Hauses in Berlin-Dahlem einen Rasekurs, zu der 125 Richter und Strafanstaltsdirektoren amtlich befohlen wurden!

Gleichschaltung der Drehbücher

Eine soeben herausgekommene Verordnung bestimmt, daß das Reichspropagandaministerium das Recht besitzt, nicht nur die Filme nach ihrem Erscheinen, sondern schon vor dem Beginn der Produktion die Drehbücher zu zensieren.

Jedem Arbeiter seinen Smoking

Ein echt sozialistischer Wunsch des „Führers“

Aber nein! Ihr tut ihm Unrecht, wenn ihr behauptet, er kaue stets nur öde Stammtischphrasen wieder, er schwäge vor der Volksversammlung und im Reichstag ungefähr das gleiche gedankenarme Zeug daher wie Herr Pachtulke nach der fünften Halbten. Mag das im allgemeinen zutreffen, so kennen wir doch ein Wort von ihm, ein Wort — Feinschmecker muß man sein, um es ganz zu genießen. Der Arbeitsfront-Unterschiedler Ley hat es enthüllt und WTB. hat es verbreitet, das markige Wort Adolf Hitlers: „Wenn ich könnte, ich würde jedem Arbeiter einen Smoking schenken.“

Das Wort sie sollen lassen stahn! Was ist Heinrich IV., der jedem Bauern ein Huhn in den Topf wünschte, neben Adolf, der jedem Arbeiter seinen Smoking wünscht! Auf den Smoking kommt es an; der Smoking macht es. Da haben alle Professoren dicke Wälzer über die soziale Frage zusammengeschmiert und von Kapitalprofit und Arbeitslohn orakelt, aber auf die geniale, die schöpferische Idee, daß die Lösung im Smoking stecke, ist keiner verfallen; in der gesamten nationalökonomischen Literatur findet sich das Wort Smoking nicht. Wie hätte gar der Jude Mardochai alias Marx die Nuß knacken können! Er besaß, obwohl er bekanntlich von der Goldenen Internationale ausgehalten wurde, überhaupt keinen Smoking; er hatte oft nur einen einzigen tragbaren Rock, der überdies — rechte Lumpenwirtschaft! — zuweilen noch auf dem Pfandhaus lag. Aber was schlimmer ist: er hatte nicht einmal Sehnsucht nach einem Smoking. Er begriff das Wesentliche nicht. Darum suchte er die Köpfe der Arbeiter mit verlogenen und hegerischen Phrasen vollzupropfen: Eroberungen der politischen Macht, Expropriation der Expropriateurs, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Uebergang in die sozialistische Gesellschaft. Alles Blech! Smoking allein schafft es.

Es mußte ein Oe- und Anstreicher kommen, dem eigentlich der Kittel näher sein sollte als der Smoking, um dem blinden Jahrhundert den Star zu stechen. Und wirklich, aus seinem Wort fällt es wie das Licht von tausend Scheinwerfern auf den ganzen Hakenkreuz-Trüdelkram und seinen Firmeninhaber. Wer sieht ihn nicht, den kleinen Spießier mit Minderwertigkeitskomplexen, wie er sich in seiner Wiener Periode schäbig und abgerissen, manchmal doch in ein Tankkafee stiehlt. Und wenn er die „Kavaliere“, die Portokas-

senjünglinge im flotten Smoking gewahrt, schwillt sein Minderwertigkeitsgefühl ins Gigantische, und mit blassen Lippen schwört er sich zu: „Auch ich muß eines Tags...“ Als er denn an der Spitze der größten Spießerbewegung der Geschichte steht, lebt in seinem Unterbewußtsein immer noch die Sehnsucht nach dem Smoking. Zwar erfindet er eine andere Tracht, aber er wirft gewissermaßen mit der Wurst des Braunhemdes nach dem Schinken des Smoking. Man könnte auch sagen: Per aspera ad astra! Durchs Braunhemd zum Smoking! Und was das Herz voll ist, des geht das Mundwerk über; eines Tages sieht er seinem Ley ins tränende Alkoholikerauge und vertraut ihm an: „Wenn ich könnte, ich würde jedem Arbeiter einen Smoking schenken.“ Denn wer einen Smoking hat, denkt nicht an die politische Macht, sondern an Tanzcafé, sitzt gehoben mit Expropriateurs am gleichen Tisch, strebt nicht nach der sozialistischen, sondern nach der feinen Gesellschaft.

Heute aber, so er im stillen Kämmerlein über sich nachdenkt, staunt er nicht, daß er Reichskanzler ist und mit einem kaiserlichen Generalfeldmarschall fast zwanglos verkehrt; er staunt nur, daß er es endlich zu einem Smoking gebracht hat. Und tritt vor den Spiegel, um sich zu überzeugen. Stimmt! Heil Hitler! Die soziale Frage ist gelöst! Durch Adolf? Bewahre! Für Adolf — er hat einen Smoking!

Karl Max.

Furcht in Trier

Göring, der bereits auf dem Gymnasium in Nürnberg als „Kaiser“, d. h. als anmaßender, überspannter Bursche bekannt war, leidet nicht nur an Morphiumsucht, sondern auch an krankhaftem Proj.

Nachdem er Trier verlassen hatte, wo er die bekannte pompös-phrasenhafte Rede gehalten hatte, hieß es mit einem Male:

„Göring darf nicht wieder nach Trier herein gelassen werden!“

„Aber warum denn nicht?“, fragte man zurück.

„Ja, die Leute haben Angst, er könnte den Heilige Rock auch noch anziehen!“

Schwerpunkt in Paris

Gerede um Edens Rüstungsreise

PARIS, 27. Febr. Im Anschluß an Edens Unterredung mit Mussolini glaubt der Berichterstatter des Daily Telegraph in Rom, daß die Aussichten, eine Grundlage für eine Abrüstungsvereinbarung zu erreichen, weniger optimistisch sind als vor einiger Zeit. Zwei Punkte hätten sich auf Edens Reise nach den drei großen europäischen Hauptstädten ergeben: 1. die britische Denkschrift bleibe die Grundlage der künftigen Erörterungen; 2. der nächste Schritt der britischen Regierung wird in erheblichem Maße davon abhängen, was die französischen Minister dem Vordringelbewerber zu sagen haben werden, wenn er ihnen über seine Besprechungen berichtet. Mussolini sei sehr freigütig in seinen Äußerungen gewesen, habe aber gegenüber gewissen Punkten der britischen Denkschrift Unnachgiebigkeit gezeigt. Die Besprechung sei so erschöpfend gewesen, daß Eden imstande sein werde, früher als geplant nach Paris weiterzufahren. Von maßgebender Seite verlautet, daß das Gerücht, wonach eine Verschmelzung der britischen und der italienischen Denkschrift vorgesehen sein soll, völlig unbegründet sei. Die britische Denkschrift bleibe die alleinige Grundlage der weiteren Erörterungen. Wenn aber sie nicht abgelehnt, und Deutschland sei bereit, sie als Grundlage anzunehmen.

Im Bericht des Times' Berichterstatters in Rom heißt es u. a., der Schluß der amtlichen Verlautbarung scheine den Eindruck zu bekraftigen, daß Edens Besprechung mit Mussolini durchaus ermutigend war. Das Schweregewicht der Sendung durch Edens liegt offensichtlich in Paris.

Um Dimitroff

„Jeder anständig Empfindende tief unglücklich“

Margot Oxford richtete folgenden Brief an den Herausgeber der Times:

Ihr ausgezeichnete Zeitartikel in der heutigen Times über Dimitroff muß das Gewissen jedes menschlichen Wesens anrühren. Aber nichts hat mich mehr überrascht als zu sehen, wie wenig unsere gedankenvolle Presse die Führung der öffentlichen Meinung zu einer richtigen Auffassung der Sache vermag, die nicht nur Deutschland, sondern den moralischen Bestand jeder zivilisierten Nation betrifft. Wenn ich Zeit hätte, dann könnte ich Tausende von Unterschriften für diesen Brief sammeln, denn es gibt keine Meinungsverschiedenheit über die Ungerechtigkeit, einen vom höchsten deutschen Gericht freigesprochenen Mann in den Zellen der Geheimen Staatspolizei in Berlin festzuhalten.

Nach dem Prozeß von Leipzig gab es eine große Welle von Bewunderung in England für die Unparteilichkeit deutscher Gerichte und viele von uns schänten, daß wir Hitler vielleicht Unrecht mit der Annahme getan hätten, er befürchte die Freisprechung von Torgler, Dimitroff und Genossen. Wir bewunderten den Richter Dr. Sängler wegen seines Mutes und seiner Unparteilichkeit. Aber nun ist jeder anständig Empfindende tief unglücklich und bis diese unschuldigen Männer nicht freigelassen sind, können wir nicht an die Ehrlichkeit der deutschen Regierung glauben.

21. 2. 34.

Margot Oxford.

Hitlerbestalltäten an Frauen

Mord, Folterungen und Kindesraub an Frauen, die nicht für Hitler sind

Die Antifaschistin Erna Knuth aus Chemnitz wurde 10 Tage lang jeden Tag auf den Gefängnishof zum Erschießen geführt und am letzten Tage dieser Tortur in ihrer Gefängniszelle von SA-Männern verewaltigt, viermal gefoltert und dann tot geschlagen.

Grete Groh, Landtagsabgeordnete der kommunistischen Jugend in Sachsen, wurde von SA- und SS, nach langen Folterungen totgeschlagen. Die Frauen Strui in Hamburg, Käthe Schindler in Duisburg, Anna Röder, Clara Wagner, Schimane, und die 69 Jahre alte Frau Weich in Berlin wurden von den Nazis umgebracht. Die Arbeiterin Grete Weising aus Seld wurde erschossen.

Die Arbeiterin Abes, Berlin, wurde „auf der Flucht erschossen“.

Anna Müller aus Aue i. Sachsen wurde durch „Selbstmord“ erlegt.

Zwei antifaschistische Mädchen aus Krossen und Borms wurden laut Volkszeitung „als Leiche“ aufgefunden, bzw. „im Volkshauss erschossen“.

Die Schauspielerin Hedda Eisler, Berlin, und die Lehrerin Frau Schubert, Berlin, deren Mann ermordet wurde, endeten laut Zeitungsbericht der Geheimen Staatspolizei „durch Selbstmord“.

Als die SA-Soldateska auf die Frau des Kommunisten Köhm in Schwerte schloß, wurde das einjährige Kind, das sie auf dem Arm trug, hingemordet.

Bei der Verhaftung einer Kommunistin in Hamburg wurden die zwei Kinder ins Waisenhaus gebracht. Nach der Rückkehr aus dem Konzentrationslager wurde ihr bis zum heutigen Tage die Herausgabe ihrer Kinder verweigert. Und wer kann verhoffen, daß bei dem Wusthaß, das die Hitlerischen Nachbarn nach Ditzers Verhaftung entsetzten, fast 200 Frauen und 75 Arbeiterkinder erschossen wurden.

3400 Hitlermorde

Berlin, 24. Febr. (Anprek) In der Behauptung Hitlers, daß die „nationale Revolution“ nur 27 Todesopfer erfordert habe, heißt die illegale Rote Offiz, daß nach sehr gewissenhaften Feststellungen bisher allein die Namen von 3400 ermordeten Antifaschisten, darunter die 27 Gingenrichteten, bekannt sind. Mehr als 200 weitere als „vermisst“, die weder in Konzentrationslagern noch Gefängnissen festgehalten werden konnten.

Juden — keine Nachtwächter

Die Gemeinde Sterblich (Kreis Schlüchtern) hat vor kurzem aus Sparmaßregeln befohlen, keine bezahlten Nachtwächter mehr zu beschäftigen, sondern jeden Haushaltungsvorstand zu verpflichten, auf Aufforderung der Gemeindevorstände eine unentgeltliche Nachtwache zu stellen. Das „Frankfurter Volksblatt“ veröffentlicht nun folgende Erklärung Sterblicher Bürger: „Wir Sterblicher leben es aber ganz entschieden ab, daß uns die Sterblicher Juden ebenfalls bewachen sollen. Man hat es tatsächlich fertig gebracht, die Sterblicher Juden mit diesem Vertrauensposten zu beauftragen. Daraufhin glaubte sogar ein Nachtwächter Jude berechtigt zu sein, daß SA-Gesal zu kontrollieren. In solchen Zuständen in der Heiligen Ortsgemeinde ist Unruhe hervorzurufen können hat Ortsgemeinschaften. Da Schreiber beim hiesigen Bürgermeister Anweisung erteilt, künftig keine Juden mit dem Nachtwächterdienst zu betrauen.“

Oesterreichischer Monarchismus im Vormarsch

Bleibt Staatspräsident Miklas? - Die Habsburger melden sich

Oesterreich steht vor neuen Entscheidungen. Die „Sieger“ über die Sozialdemokratie müssen sich nun unter sich auseinandersetzen. Sie tun das auch in dem Grade, als sie sich zur Zeit nicht so stark vom Hitlerfaschismus bedroht fühlen und der Mussolini-Faschismus sie gewähren läßt. Also ist der Kampf entbrannt zwischen Monarchisten und Heimwehrfaschisten. Die Monarchisten glauben in der „Sieger“ Armee ihre Deckung finden zu können, während die Heimwehrfaschisten bestrebt sind, alle ehemaligen sozialistischen Einrichtungen in die Hand zu bekommen und ihre Macht in den Verwaltungsapparat einzubauen. Nun scheint aber in dieser Situation der Präsident Miklas mit seiner angeforderten Niederlegung der Präsidentschaft Ernst machen zu wollen. Das bedeutet Präsidentschaftswahlen, und diese fordern die beiden Gruppen, die Habsburger, die Heimwehrfaschisten, heraus. Es ist möglich, daß sich die beiden wieder verständigen und sich in die Nacht teilen. Es kann aber auch sein, daß die Habsburger den Kampf auf die Präsidentschaft über Oesterreich aufnehmen, zumal sie mit einem Umsturz der Stimmung bei den Christlichsozialen rechnen, die, entgegen Döllner, von dem Starbemberger-Faschismus nicht entzückt sind. Vorkünftig liegen folgende Meldungen über dieses Spiel unter der Decke vor:

Neue „Verfassung“

Wien, 26. Febr. Man erklärt, daß die Vorarbeiten für die neue Verfassung Oesterreichs bereits in zehn bis vierzehn Tagen abgeschlossen sein werden. Die Verfassung soll unmittelbar darauf verabschiedet werden und in Kraft treten. Obwohl man das Inkrafttreten der neuen Verfassung auf der bisherigen Verfassung aufbauen will, ist man sich noch keineswegs darüber klar, auf welchem Wege dies erreicht werden kann, da die Forderung des Parlamentes, das allein für die Änderung der Verfassung zuständig ist, unbedingt vermieden werden soll. Man scheint daher jetzt daran zu

Kirchenkonflikt

flackert wieder auf?

Düsseldorf, 26. Febr. Der Konflikt in der evangelischen Kirche, der durch die Maßnahmen des Staates unterdrückt worden war, flackert auf. In Darmen versammelten sich fast sämtliche Delegierte der evangelischen Kirche des Rheinlandes und beschloffen eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß die Kirche durch feyerliche Angriffe gegen das Fundament der Doktrin hervorgerufen worden ist. Angriffe, denen sich sogar mehrere Vorkämpfer der Kirche schuldig gemacht haben. Die freie Synode weigert sich, die Autorität der kirchlichen Organisation anzuerkennen, die im Sommer des letzten Jahres geschaffen wurde. Die Mitglieder der Synode appellieren an die Gläubigen, den Befehlen der heutigen kirchlichen Autoritäten nicht zu folgen, da sie der Heiligen Schrift widerstehen. Die evangelischen Pastoren mühten in ihre früheren Stellungen wieder hineingebückt werden.

Protest gegen Niemöllers Absetzung

Berlin, 26. Febr. Die Kirchenvertretung von Dablen, wo der abgesetzte Führer des Pfarrernotbundes, Dr. Niemöller, amtierte, fahte in ihrer letzten Sitzung eine Resolution worin sie erklärt, daß die Amtsenthebung Niemöllers nicht anerkannt werde da sie ungesetzlich sei und die kirchliche Doktrin verletze. Dr. Niemöller wurde eingeladen, sein Amt auch weiterhin zu versehen.

Im Talar ins Gefängnis

In der Verhaftung des Pfarrers Welaenhan aus Waldenburg wird mitteilt, daß es richtig ist, daß der Pfarrer vor der protestantischen Jugend erklärt hat, Waldur von Schirach sei ein Jude und heiße eigentlich Baruch Meyer. Pfarrer Welaenhan wurde von einer Frauung wegverhastet. Er wachte sich, den Talar auszuweihen, man führte ihn deshalb dann im Talar und mit der Bibel in der Hand ins Gefängnis.

Görreshaus-AG.

Neue Strafen für Maus und Stock

Wien, 26. Febr. Vor dem Schöffengericht wurde am Donnerstag gegen die früheren Geschäftsführer der Görreshaus-AG, Generalkonsul Mann und Konsul Stöckl wegen Nichtabführung von Versicherungsbeiträgen, Verhinderung, Maus und Stock wurden aus der Haft vorgeführt. Vom 1. Januar bis April 1933 wurden 24.000 Mark an Beiträgen in den Krankenkassen, zur Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe und Invalidenversicherung bei der Görreshaus-AG, von den Angehörten und Arbeitern eingekollt, aber an die Kassen nicht abgeführt, außerdem vom 1. Mai 1932 bis April 1933 9000 Mark Angehörtenversicherungsbeiträge. Das Urteil lautete gegen Mann 6 Monate Gefängnis und gegen Stock auf fünf Monate Gefängnis.

Dänemarks Asylrecht

Eine kommunistische Schwindelmeldung

Man schreibt uns aus Dänemark:

Ein Pariser Juristen- oder Befreiungskomitee hat an das dänische Außenministerium ein Telegramm gerichtet und darin gegen die Ausweisung politischer Flüchtlinge protestiert. Dazu muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß die dänische Regierung keinerlei Ausweisungen von politischen Flüchtlingen vorgenommen und auch nicht damit gedroht hat. Es handelt sich bei dieser Behauptung um eine kommunistische Schwindelmeldung. Es ist deshalb bedauerlich, daß das Pariser Komitee an diesen kommunistischen Schwindelbeteinigungen ist und ihn zum Anlaß einer Aktion gegen die dänische Regierung genommen hat. Es wäre besser gewesen, auch für das Ansehen des Komitees selbst, wenn es vor seiner Aktion sich erst einmal richtige Informationen verschafft hätte.

Die Kommunisten sind darüber enttäuscht, daß der dänische Justizminister einige dänische Kommunisten, die sich als politische Flüchtlinge in Dänemark aufhalten, aufgesordert hat, lieber nach Sowjetrußland zu fahren. Es wäre doch zweckmäßiger für sie, im sozialistischen Rußland zu arbeiten, als

denken, die Verfassung durch einen einseitigen Akt des Bundespräsidenten auf Grund des Notstandsrechtes in Kraft zu setzen und sie sodann nachträglich von den vorgezeichneten Körperlichkeiten bestätigen zu lassen.

Miklas

Wien, 26. Febr. Die seit längerer Zeit bereits umlaufenden Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Bundespräsidenten Miklas, der aus grundsätzlichen Erwägungen bereits mehrfach seinen Rücktritt angeboten haben soll, haben sich jetzt wieder dahin verdichtet, daß Miklas bereits in der nächsten Zeit seinen Posten aufgeben wird.

Es verlautet, daß seitens der Regierung ernsthafte Bemühungen im Gange sind, um den Bundespräsidenten Miklas vorläufig von den Rücktrittsabsichten abzubringen und die Ernennung des Präsidenten erst im Rahmen der neuen Verfassung vorzunehmen.

Erzherzöge . . .

In unterrichteten Kreisen weist man hierzu darauf hin, daß die in den letzten Tagen wieder stärker hervortretenden legitimistischen (bzw. monarchistischen) Strömungen auf einen baldigen Präsidentschaftswahl drängen, um durch die Wahl einer der legitimistischen Auffassung nahestehenden Persönlichkeit die Ueberleitung zur monarchistischen Staatsform vorzubereiten und damit die endgültige Ausschaltung der Anschließfrage zu erreichen. Gerücheweise verlautet, daß in legitimistischen Kreisen der Staatssekretär für das Heerwesen Fürst Schönburg-Gartenstein sowie der in Basel lebende Erzherzog Eugen für die Präsidentschaft angetreten seien. Nach der geltenden Verfassung hat im Falle eines Rücktritts des Bundespräsidenten der Bundeskanzler Döllner als Stellvertreter Bundespräsident die Amtsgeschäfte des Präsidenten weiterzuführen.

arbeitlos im kapitalistischen Dänemark zu sein. Die kommunistische Presse berichtet, daß in Rußland keine Arbeitslosigkeit sei und daß die Arbeiter dort unter geradem idealen Bedingungen arbeiteten. In Dänemark sei ihnen mehr als 100.000 Arbeitslosen besche aber nicht die geringste Aussicht für sie, jemals Arbeit zu bekommen. Sie sollten sich deshalb um eine Einreiseerlaubnis in Sowjetrußland bemühen. Das ist alles. Und daraus möchten die Kommunisten eine solche Aktion. Anstatt sich zu freuen, ins Vaterland der Arbeiter fahren zu können, wehren sie sich mit Händen und Füßen dagegen und beschimpfen mit verlogenen Behauptungen die dänische Regierung. Im übrigen darf hinzugefügt werden, daß die politischen Flüchtlinge in Dänemark mit großer Empörung Kenntnis von dieser Aktion genommen haben. Wenn man sich beim Matteotti-Komitee erkundigt hätte, könnte man nur die allgemeine Anerkennung über das Entgegenkommen der dänischen Behörden feststellen.

Das Neueste

Mehrere nationalistische Vereinigungen des 28. Pariser Bezirks hielten am Montagabend eine Versammlung ab, die durch Kommunisten gestört wurde. Diese zogen vor das Versammlungsgelände und warfen mit Steinen die Fenster ein. Die Versammlungsteilnehmer stürmten darauf auf die Straße, wo eine regelrechte Straßenkämpfe entbrannte, bei der zahlreiche Teilnehmer verletzt wurden. Ein starkes Ueberfallkommando konnte erst nach energischem Eingreifen die Ruhe wieder herstellen. Ein Kommunist ist im Laufe der Nacht seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Verhaftungen wird nicht angegeben, soll aber ziemlich hoch sein.

Nach einer Kientermeldung aus Istanbul wurde der zweite Sekretär der Sowjetbotschaft in Ankara, Michkin, im Wohnzimmer des Sowjetkonsulats in Istanbul tot aufgefunden. Es soll sich um Selbstmord handeln. Michkin hatte Befehl erhalten, nach Moskau zurückzuführen, und hatte bereits auf dem Dampfer „Tschickerin“ eine Kabine nach Odessa belegt. Es wird behauptet, daß er, zwar offiziell auf der Diplomatensliste stehend, tatsächlich Agent der CGP, gewesen sei. Er war etwa 30 Jahre alt und pflegte zwischen Ankara und Istanbul hin und her zu reisen.

In Alendburg wurden 20 Kommunisten verhaftet, die verhaft hatten, einen kommunistischen Propagandaapparat aufzuziehen.

Auf dem Jahresbankett der Pariser Bankiervereinigung vertrat Finanzminister Germain Martin seine bereits im Senat verzeigte Ansicht, daß Frankreich weder an eine Inflation noch an eine Abwertung seiner Währung denken dürfe.

Die Besitzerinnen eines kleinen Bauernhofes in der Nähe von Rennes hatten ihre sämtlichen Ersparnisse in Höhe von 100.000 Franken in ein Koffsystem verlegt und dieses mit einer Schicht Stroh bedeckt. Als sie nach längerer Zeit einige Tausender brauchten und die „Schichtkammer“ öffnete, fanden sie nur noch einen zerstückten Papierhaufen vor, die Hausnoten waren von Ratten zernagt worden.

Aus Madrid werden starke Schneefälle und Regenfälle in Mittelspanien gemeldet. Die Landbevölkerung soll über diesen Witterungsumschwung hocherfreut sein, da die seit Wochen herrschende Trockenheit die gesamte Ernte zu vernichten drohte.

Bei Tetuan (Spanisch-Marokko) fing ein Militärflugzeug an, das gegen eine Berggruppe gestossen war, Feuer und flüchte brennend ab. Der Pilot kam ums Leben.

20 Tote

Schweres Eisenbahnunglück in den Ver. Staaten

NEW YORK, 27. Febr. Die Schneekürve, die gegenwärtig die Vereinigten Staaten heimgesucht, haben zu einem schweren Eisenbahnunglück geführt. Bei Pittsburg im Staate Pennsylvania entgleiste die Lokomotive eines Schnellzuges in dem Augenblick, als eine Brücke passiert wurde. Mehrere Wagen stürzten in die Tiefe. Die Zahl der Toten wird mit zwanzig angegeben.

Während der Nacht zum Dienstag hat der Schneefall unverändert angehalten. In der Umgegend von New York herrscht durch die verfallenen Straßen und Bahnhöfen ein Verkehrsausschlag. Mehrere Bäume sind eingestürzt. Da die Zufahren ausbleiben, wird für New York Robbenmangel befürchtet.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

In Paris erregte es großes Aufsehen, daß eine junge Schauspielerin Yvonne Hautin, die vordem in der Comédie Française gespielt hatte, in der Klosterkapelle der rue Monsieur Nonne wurde. Zahlreiche Pariser Künstler wohnten diesem ungewöhnlichen Akt bei.

Abgeordneter Guernut, der Vorsitzende der neuen Untersuchungskommission der Kammer, erklärte der Presse, er sei jetzt weder Radikaler noch Linker, sondern lediglich Untersuchungsrichter. Abgeordneter Guernut entstammt bekanntlich dem Kreise der französischen Liga für Menschenrechte.

Ein rumänischer Bankier in Paris namens Constantin Costachescu, der ein Bankgeschäft in der rue des Italiens betreibt, wurde in seiner Wohnung rue Lyautey wegen Schwindeleien verhaftet.

Der bekannte Journalist und Literaturkritiker Hans Jacob, ausgezeichnete früherer Dolmetscher des Völkerbundes, hielt in der neuen Emigrantenschule in der Mutualité einen Vortrag „Leerlauf des Völkerbundes“, in dem er auf manche Mißerfolge dieser Institution hinwies.

In der Académie des Sciences morales et politiques erklärte der französische Pastor Marc Boegner, Vorsitzender der Fédération protestante de la France, daß in Deutschland gegenwärtig 7000 Pastoren gegen die Direktiven des „dritten Reiches“ seien und daß das Hitlerium hier ein ernstes Hindernis fände, da diese Geistlichen bereit seien, auch unter der Drohung der Aberkennung ihrer Bezüge und der Verbringung ins Konzentrationslager, ihren Standpunkt aufrecht zu erhalten.

Das Pariser Polizeikommissariat Montrouge ist in das neue städtische Gebäude 32, avenue de la République verlegt worden.

Von der gare de Lyon fuhr ein neuer Trupp Flüchtlinge nach Marseille ab, um sich nach Palästina zu begeben. Es waren ungefähr 85 Refugiés, in der Mehrzahl Leute mit Fachkenntnissen. Auch Familien waren unter den neuen Bewohnern des Landes der Balfour-Deklaration.

Wie wir hören, erzeugt die von dem Matteotti-Comité betriebene Cooperative jetzt Radio-Apparate.

Ein neues Kollektiv namhafter Berliner Kabarettisten spielt am Samstag, dem 3. März, 20.45 Uhr, zum erstenmal in der salle Adyar, 35, avenue Rapp. Man sieht u. a. Therese Bärowald (früher Katakomben), Max Fromm (Kabarett der Komiker), Moosbacher (Tanzel-Tanzel), Basson (Kabarett für alle), G. Ruschin (Truppe 31), Julia Marcus (Städt. Oper, Berlin), J. Kosma (Komponist), Songs, Sketches, Parodien, Conference, Tanz, Eintritt 6 und 10 Franken.

Am Mittwoch wird die französische Kammer über die Miethöhe beraten.

Die Verkehrskommission des Senats hat einen Antrag angenommen, der die Automobilisten gesetzlich verpflichtet, sich gegen Schäden gegenüber dritten zu versichern.

Französischer Unterricht

Der Pariser Deutsche Klub gibt bekannt: Am Dienstag, dem 27. Februar, um 20.30 Uhr, beginnt der französische Unterricht, den der Klub organisiert. Für Gäste: 1 Fr. pro Stunde, für Klubmitglieder umsonst.

Jeden Dienstag 20.30—22.30 Uhr in der Taverne Martel, 6, rue Martel (Métro: Château d'Eau).

Die Frage der Ausländer-Steuer

Der Finanzausschuß des französischen Senats hat einige besonders auch für die Deutschen wichtige Beschlüsse der Kammer in Sachen des Finanzgesetzes geändert. Grundsätzlich soll nach dem Willen der Senatoren kein Paragraph eingeführt werden, der das Leben verteuert.

Infolgedessen wurde zunächst die Sondersteuer für die Einheitspreisgeschäfte wieder aus dem Gesetzestext beseitigt. Auch die Erhöhung der Steuer für die großen Warenhäuser gefällt den Männern im Palais Luxembourg nicht. Vor allem ist aber der Artikel 9 bis, der die Ausländersteuer von 10

Pariser Theater

Mercredi, le 28. Février 1934

- Opéra. — Perle. Le Spectre de la Rose (20.30).
- Opéra-Comique. — La Vie de Bohème. Paillasse (20).
- Comédie-Française. — L'Age du Fer (20.45).
- Odéon. — Romance (20.30).
- Atelier. — Richard III. (20.45).
- Gymnase. — Le Messenger von Henry Bernstein mit Gaby Morlay (21).
- Madeleine. — Le Passage des Princes (Offenbach) (20.45).
- Michodière. — Les Temps difficiles (20.30).
- Michel. — Parole d'honneur (21).
- Oeuvre. — Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynk (21).
- Palais-Royal. — La Famille Vauberlain (21).
- Théâtre de Paris. — Tavaritch (20.45).
- Sarah-Bernhardt. — Alibi 14 von Jean Guittou (20.15).
- Châtelet. — Rose de France (20).
- Gaite-Lyrique. — Le pays du sourire (Das Land des Lächelns) von Lehar (20.45).
- Mogador. — L'auberge du Cheval Blanc (Im weißen Rössl).
- Pigalle. — La Chauve-Souris (Die Fledermaus). Regie: Max Reinhardt (20.30).
- Porte Saint-Martin. — Wiener Walzer (Operette von Johann Strauß, Vater und Sohn), mit André Baugé (20.30).
- Casino de Paris. — Revue: Vive Paris mit Cécil Sorel. Im 2. Akt: Maitresses de Rois, von Sacha Guitry (20.30).
- Folies-Bergère. — Folies en Folie, Revue mit Mistinguett. (20.30).

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.
Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Königen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blute, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie
Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude, Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen und 2 Operationskassen

c) Geburtshilfliche Klinik
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen und 2 Operationskassen

d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9—12 und 2—5; Sonntags und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIE EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuer-
behörden, um vom offiziellen Standpunkt
aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

Deutsches Zahnärztliches Institut

22, RUE DE DOUAI - Métro: Roche, Pigalle Tel. Trinité 10-27 - Sprechstunden: 9-12, 2-5 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN

Umschreibung schlechtstehender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MÄSSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Der Erfolg liegt in der Reklame!

Inszerieren Sie deshalb in der
„Deutschen Freiheit“

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-,
HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern
und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfungverfahren, Irypafl-vino-Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Witamin usw.

Sprechstunden täglich von 10—12 Uhr
von 4—8 Uhr Sonntags von 9—12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

BRILLANTEN . GOLD
SILBERWAREN . UHREN

Wegliche Gelegenheitsverkäufe

BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE

MAN SPRICHT DEUTSCH

Prozent für ausländische Arbeiter durch den Arbeitgeber vorschub gestrichen worden. Auch mehrere andere wichtige Bestimmungen wurden beseitigt. Natürlich ist diese Eliminierung aber noch keine endgültige, da nunmehr das Plenum des Senats noch seine Stimme abzugeben hat.

Die Journalisten der Emigration

In den Räumen der Fédération Internationale im Palais Royal traten die deutschen emigrierten Journalisten, die für die Pressefreiheit eintraten, zu ihrer ersten Mitgliederversammlung seit Konstitutionierung des neuen Verbandes zusammen.

Georg Bernhard sprach in seinem Referate über die Frage der Ueberführung in andere Berufe. Was die Ausländerfrage angeht, so muß man auch die Gegenseitigkeitsverträge berücksichtigen. Auf die Entschloßungen der drei elsäß-lothringischen Handelskammern gegen die Ueberfremdung machte der „Matin“ eine Erhebung, bei der sich herausstellte, daß der Anteil der deutschen Flüchtlinge unerheblich ist.

Im ganzen ist die wirtschaftliche Auswanderung deutschen Kapitals sehr bedeutend. Es werden Versuche gemacht, bei neuartigen Großunternehmungen Deutscher auch einen Prozentsatz deutscher Flüchtlinge unterzubringen.

Alle Mitglieder des neuen Presse-Verbandes eint das Bekenntnis zur Pressefreiheit. An diesem Prinzip scheiden sich die Weltanschauungen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde nach Annahme der Satzungen der Vorstand auf sieben Mitglieder verstärkt. Georg Bernhard ist erster Vorsitzender, H. v. Gerlach Schriftführer. Als Vertreter der Journalisten in Service Juridique, der im Hause der Liga für Menschenrechte arbeitet, wurde Dr. Werner C. Thormann gewählt. Festgelegt wurde die Pflicht des Verbandes, mit jeder französischen Organisation, die sich mit dem Schicksal der Flüchtlinge beschäftigt, durch Vertrauensmänner zusammenzuarbeiten.

Die Sendungen des Eiffelturms

Infolge der Entscheidungen der internationalen Rundfunkkonferenz in Luzern muß der Eiffelturm bekanntlich seine Wellenlänge auf 206 Meter verkürzen. Aber die Umbauten werden mehrere Monate dauern, während derer der Turm noch auf langer Welle sendet. Dadurch entsteht nun internationaler Wellenwirrwarr, besonders in den Abendstunden. Also hat das französische Postministerium verfügt, daß der Eiffelturm von 19.30 Uhr an bloß in halber Stärke funkt. Die übrigen Tagesstunden bleibt er normal. Diese Aenderung ist bereits in Tätigkeit getreten.

Jeudi, le 1. Mars 1934

- Opéra. — Relache.
- Opéra Comique. — Madame Butterfly (20).
- Comédie-Française. — Zaire, Les Folies Amoureuses (14), Monna-Vanna (20.45).
- Odéon. — L'Avare, Crispin rival de son Maître (14.15), Colomba, Tempete sur les Cotes (20.30).
- Travlers-P. — L'Avare (14.15).
- Atelier. — Richard III. (20.45).
- Gymnase. — Le Messenger von Henry Bernstein mit Gaby Morlay (21).
- Madeleine. — Le Passage des Princes (Offenbach) (20.45).
- Michodière. — Les Temps difficiles (20.30).
- Michel. — Parole d'honneur (21).
- Oeuvre. — Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynk (21).
- Palais-Royal. — La Famille Vauberlain (21).
- Théâtre de Paris. — Tavaritch (20.45).
- Sarah-Bernhardt. — Alibi 14 von Jean Guittou (20.15).
- Châtelet. — Rose de France (20).
- Gaite-Lyrique. — Le pays du sourire (Das Land des Lächelns) von Lehar (20.45).
- Mogador. — L'auberge du Cheval Blanc (Im weißen Rössl).
- Pigalle. — La Chauve-Souris (Die Fledermaus). Regie: Max Reinhardt (20.30).
- Porte Saint-Martin. — Wiener Walzer (Operette von Johann Strauß, Vater und Sohn), mit André Baugé (20.30).
- Casino de Paris. — Revue: Vive Paris mit Cécil Sorel. Im 2. Akt: Maitresses de Rois, von Sacha Guitry (20.30).
- Folies-Bergère. — Folies en Folie, Revue mit Mistinguett. (20.30).

BRIEFKASTEN

Dr. R. Sie machen uns darauf aufmerksam, die „Morning Post“ lasse sich aus Rom melden: „Das die italienischen politischen Verhältnisse erhalten hätten, den römischen Krieg sehr in anderer Weise auszuführen. In Zukunft sei der Kern nur wagemutig bis zur Schulter zu erheben, nicht mehr 45 Grad darüber. Man habe festgestellt, daß die alten Römer so grühten. Ferner soll der Krieg mit dem linken Arm angeführt werden, da die alten Römer mit der rechten Hand ihre Toga schlußhalten pflegten.“ — Damit hätten die Bolschewiken also auch im Krieg sich von dem Hitler inspiriert. Das wird ihnen aber nichts helfen. Wenn nämlich irgend ein Professor Wirth feststellt, daß die alten Germanen mit der Rechten das Harnweil festhielten, werden die Nazis auch mit der Linken grühen.

Technisches Versehen. Die „Frankfurter Zeitung“ ist ein Muster-exemplar journalistischer Korrektheit. Am Ende eines Artikels über das große Vereidigungstheater veröffentlicht sie folgende Berichtigung: „Bei der Vereidigung der 600 000 politischen Exilanten, auf die wir bereits hinwiesen, handelt es sich nur um die politischen Exilanten der Reichshauptstadt Berlin, welche Vereidigung durch ein technisches Versehen unterblieben ist. Schriftleitung.“ — 600 000 politische Exilanten allein in Berlin! Eine imponierende Ziffer. Auf dem Berliner Exilantenstand mit eingeschlossen, kommt demnach bereits ein eigener politischer Exilanten. Schriebe es nicht eben die „Frankfurter Zeitung“, möchten wir es nicht glauben.

G. E. Vagern. Ihr kritischer und aufrichtiger Brief war uns eine Erfrischung. Wir warten geradezu auf sachliche Kritik auf unserer richteit und vernünftig urteilender Menschen. Wir hoffen also, daß sie uns nicht zum letzten Male geschrieben haben.

R. R. Ihr Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdebatte ist ganz ansehnlich. Daß wir die sehr ablehnende Stimme Aufhänger veröffentlicht haben, zeigt Ihnen, daß wir alles andere als engberzig sind. Angelesen und unbedachtet Jung mit überlebten unvorhandenen Begriffsformeln lehnen wir ab. Sie sind ein Wort-feststehend, aber kein Revolutionär. Das Revolutionieren muß im eigenen Denken beginnen. Sie leben trotz Ihrer Jugend im Vergangenen.

Kronprinz. Noch immer schreiben Sie uns diese entsetzlich langen Briefe. Sie ringen mit sich selbst und glauben, daß wir uns in einem ähnlichen Zustand befinden. Darin irren Sie sich. Für uns ist Sozialismus Erkenntnis und Glaube, und in beiden sind wir unerschütterlich. Sehen Sie doch endlich mal Ihren Namen unter ein Schreiben. Auf unsere Verschwiegenheit können Sie sich verlassen. Wenn können wir diese viel zu langen Briefe nicht. Wir begnügen uns mit einigen Bruchstücken, die ja einigermaßen erkennen lassen, worauf Sie hinauswollen.

Paul, Samaden. Sie schiden uns einen Kuss eines Herrn Paul Nagla aus dem „Schweidener Beobachter“ in Köln, der mit diesen klassischen Sätzen beginnt: „Neben ein Jahrzehnt hindurch konnte man dem deutschen Volk ein ihm angebotenes Recht, die deutsche Kultur, vorzubehalten. Das Teufelszeug, wozu in seiner Stärke, dem Volkstum, wurde benutzt und mit Klar zu erkennen der Absicht von gewissenlosen, jüdisch-marristischen, heimatsfremden Literaten verweigert. Das Schrifttum des verflochtenen marristischen Epheus hat es immer wieder klar und eindeutig bewiesen, wie wesenfremd es dem deutschen Volk gegenüberstand. Vergebendes und zerlegendes Scheinliteratur hatte nichts mehr mit dem hohen Wert einer volkstümlichen Dichtung zu tun.“ — Also Herr Nagla. Sie schreiben uns dazu, daß Sie selbst es ein Jahr vor der „nationalen Revolution“ gewesen seien, der diesen Herrn auf seine dringende Bitte hin den Weg zu „gewissenlosen, jüdisch-marristischen, heimatsfremden Literaten“ gebahnt hätte, damit sie keine Gedächtnis-abdrucke und für ihn einen Gang zum Mundfunk unternehmen. Nagla mag ja — nen Juden leiden, aber ihre Dille nahm er einig-gera. Heut schmeitert er ihnen auf föhlich keine Verachtung entgegen.

H. H. Bei allem Verständnis müssen wir Ihnen doch sagen: Die Sie sich „autocritik empören“ können, wenn Gerhart Zeger die Wahrheit über seine Erfahrungen im Konzentrationslager berichtet, ist uns unerfindlich. Wenn in dem Konzentrationslager auch „Kommunisten“, das heißt Kerle, die sich zu Unrecht zu bezeichnen, sich schamlos gegen sozialdemokratische Gelangens benahmen, so hatte Zeger die Pflicht, auch das nicht zu verschweigen. Wir wollen die Wahrheit wissen über Freund und Feind! Sie sind übrigens der einzige Zeuge, der an den Zegerischen Verdrückungen, für die Sie merkwürdigerweise uns verantwortlich machen, Kritik geübt hat. Und, wie Sie zugeben werden, nicht gerade in einer Form, die Ihrem Namen Ehre macht. Wir sind nicht leicht zu verlegen. Vielleicht dürfen wir Ihnen den Rat geben, sich in solchen harten Zeiten nicht nur „aufzuheben“, sondern stets auch den Verband sprechen zu lassen. Der gebietet aber, Schäden und Schädlinge in der Arbeiterbewegung anzudecken, wo sie sich finden. Wir vermehren Ihnen die Kritik an der Sozialdemokratie nicht; die hat sie reichlich verdient. Wenn Sie aber in dem Schwere über den Defizit-jahrelanger Kommunisten — sind nicht auch viele Sozialdemokraten als Märtyrer gefallen? — die schweren politischen und menschlichen Mängel in der SPD, übersehen, werden Sie bei Ihrem Gefährlich-überdrehung allzu bald die schwersten Enttäuschungen erleben.

Für den Gesamtdruck verantwortlich: Johann Pich in Duden-weller; für Anzeigen: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schlegelstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.